

Dresdner Volkszeitung

Buchdruckerei: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1206.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banleute:
Gehr. Arnhold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtschauptmannschaften Dresden-Umland und Dresden-Stadt.

Belegungspreis einschließlich Druckerlohn monatlich 100.— M., durch die Post
bezogen monatlich 100.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich
180.— M. Einzelnummer 5.— M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Weltinnerplay 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weltinnerplay 10. Tel. 25261.
Geschäftsstunde von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 8 geplante Komparellzeile 20.— M., Familienanzeigen
14.— M., die 3 geplante Kellamezeile 75.— M. Bei mehrmaligem Auftreten
abrechnen. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung
zur Aufnahme an vorgezeichneten Tagen. Für Briefniederlegung 3 M.

Nr. 216

Dresden, Freitag den 15. September 1922

33. Jahrg.

Der bürgerlich-kommunistische Block

Der sächsische Landtag, der im Dezember 1920 ins Leben trat, ist vor seinem verfassungsmäßigen Ende dem bürgerlich-kommunistischen Aufstand erlegen. Unter Abstimmung der demokratischen und der sozialdemokratischen Fraktionen auf verfassungsmäßige Einführung einer befristeten Landtagsauflösung hat er am 14. September 1922 nach zweistündiger bewegter Verhandlung beschlossen: Dem Volksbegehren auf Auflösung des Landtags wird stattgegeben; der Landtag löst sich sofort auf. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 53 Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten gegen 39 Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen. Die bürgerlich-kommunistische Landtagsmehrheit feierte mit lebhaften Brotoeren ihren „Sieg“ über die Sozialdemokratie. Unruhlich wie das bisherige Verhalten der kommunistischen Landtagsfraktion seit ihrem Einzug in den Wallgebau an der Brühlschen Terrasse in Dresden war auch ihr Verhalten in der letzten Sitzung der sächsischen Volksvertretung.

Die Kommunisten machen durch ihre unsichere und unbeständige Venenpolitik den verschüchterten Volksmannschen Gefallen nationalliberaler Färbung im vorrevolutionären Reichstag in so erfolgreicher Weise den Rang streitig, daß ihre Gruppe im Landtag ganz allgemein nur noch als „Fraktion Drehscheide“ bezeichnet wurde. Während des zweijährigen Wirkens des Landtags schwankten sie immer wieder aus einem Extrem ins andre. Sowohl oft stimmten sie bei wichtigen, dem Wohle der breiten Volkschichten und der republikanischen Weiterentwicklung unseres Freistaates dienenden gesetzgebenden Arbeiten in bürgerlicher Eintracht mit den Bürgerlichen, um erst in letzter Minute schließlich doch noch entgegen ihrer Haltung in den ersten Sitzungen mit den beiden sozialdemokratischen Parteien zu gehen. Wie sie durch diese Eierläufe dem Ansehen der Arbeiterbewegung, dem Respekt vor der politischen Macht der Arbeiterschaft geschadet haben, das kann nur der ermessen, der bei allen solchen Gelegenheiten die herzinnige Freude der Bürgerlichen beobachten möchte. Wenn die Angst der Kommunisten vor den Bürgern nicht gewesen wäre, die sie immer wieder verwarf, ihre Unterstützung der bürgerlichen Fraktionen in der Gegnerschaft gegen die Maßnahmen der sozialdemokratischen Gruppen und der aus ihnen hervorgegangenen Regierung nicht bis zum Leutesturm zu treiben, sondern bei den letzten Entscheidungen doch noch einzulenken und der sozialdemokratischen Politik eine Mehrheit schaffen zu helfen, so wäre wohl der Landtag schon längst auseinandergegangen. Nur dieser Angst der kommunistischen Führer vor den Arbeitern führte vor es zu danken, wenn Regierung und Regierungsparteien in den vergangenen zwei Jahren schließlich immer wieder eine Mehrheit für ihre Arbeit im Landtag fanden.

Jetzt allerdings, in der letzten Landtagssitzung schlugen sich die Kommunisten endgültig auf die Seite der Bürgerlichen. Sie bildeten mit allen bürgerlichen Fraktionen von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen eine geschlossene Kampfesfront gegen die Sozialdemokratie und machten so deren Bemühungen, vor der Auflösung des Landtages noch eine Reihe wichtiger Gesetze zu verabschieden, unmöglich. Dadurch verhinderten sie zur freudigen Genugtuung der ganzen Reaktion z. B. die Vollsiedlung der Gemeindeverfassungsreform, die Beratung und Verabschiedung des dem Schutz der Republik dienenden Gesetzes über die Pflichten der Beamten und Lehrer und über Aenderungen des Dienststrafrechts und den Abschluß anderer wertvoller gesetzgeberischer Arbeiten. Sie schlossen die Einheitsfront von ihrem eigenen Rücken der äußersten Linken mit einem lädierten Sprunge über die beiden sozialdemokratischen Fraktionen hinweg bis zu den schwärzesten Reaktionären.

Bei dieser Sachlage zeugt es von einer verlogenen Unwissenheit sondergleichen, wenn die kommunistischen Redner auch in der letzten Landtagssitzung wieder der proletarischen Demokratie das hohe Lied von der proletarischen Einheitsfront in den höchsten Tönen vorflingen. Man schägt doch wirklich die Massen verleuchtet nichtig ein, wenn man ihnen mit Erfolg vorredet zu Ihnen glaubt, die kommunistische Landtagsfraktion verbirgt sich nur behaßt mit dem Bürgertum und der Reaktion, um die Einheit der Arbeiterklasse gegen die Reaktion herbeizuführen! Wer so einfältig sein sollte, auf diesen faulen Zauber noch hereinzufallen und den kommunistischen Rattenfängern immer weiter nachzu laufen, der verdient es nicht besser, als daß er von Ihnen an der Nase herumgeführt wird. Man könnte sich damit abkünden, daß einzelne absolut nicht durch Erfahrungen klug werden, sondern unabdingt stets von neuem auf die kommunistischen Gelüchten gehen wollen, wenn nicht eben dadurch die Geschäfte der Reaktion gegen die Arbeiterklasse gefördert würden. Deshalb ist es auch für den, der in der Erkenntnis, daß die Dummen niemals ganz alle werden, das kommunistische Gräppchen für bedeutungslos hält, doch immer wieder nötig, die Arbeiter auf die Verräterschaft der kommunistischen Führer hinzuweisen, die durch das, was sie „Bolschik“ nennen, bewußt aber unbewußt nur die Geschäfte des Bürgertums, die Geschäfte der Reaktion, bestreiten.

Darüber wird sich jeder, der die Dinge mit eigenen Augen betrachtet, auch dadurch nicht hinwegtäuschen lassen, daß die Kommunisten auch in der letzten Landtagssitzung bemüht waren, ihr Verhalten nach Kräften zu vertuschen, indem sie durch das unterschämte und herausfordernde Auftreten ihrer Redner und durch ihre lärmenden Zwischenrufe bei den Reden anderer, besonders sozialdemokratischer Abgeordneten, oft wahre Stürme der Erregung entsetzten.

Das ging sofort los, als nach den Aussführungen des Volksverteilers Bünger, der das auf sofortige Anerkennung des Volksbegehrens auf Landtagsauflösung lautende Mehrheitsgutachten vertrat, und unsers Genossen Dr. Graß, der für das die befristete Landtagsauflösung befürwortende Mehrheitsgutachten eintrat, sowie nach kurzen Reden des Demokraten Dehne und des Volksverteilers Blücher der Kommunist Rennert zu einer langen Wahlrede ausholte. Die Demagogie, mit der er sozialdemokratische Neuerungen in ihr direktes Gegenteil umzudenken und besonders unserm Genossen Behnke das Wort im Munde umzudrehen versuchte, feierte wahre Orgien. Oder ist es etwa nicht Demagogie schlimmster Art, wenn er, um nur ein Beispiel zu nennen, aus Beihakes Forderung im Rechtsausschuss, in der heutigen Zeit der Not und drohender Hungersnot eine landtagslose Periode zu vermeiden, folgerte, der Landtag solle nur deshalb weitertagen, damit den Notleidenden und Hungernenden unter keinen Umständen geholfen werden kann? Was soll man dazu sagen, wenn als einziges Mittel gegen die Not die Einsetzung einer Nebenregierung kommunistischer Betriebsräte mit dem Ziel der Alleinherrschaft, also die Rätediktatur, angebietet wird, obwohl der Anreicher, der doch wohl auch schon einige von dem hunderttausendfachen Hungerepend unter der russischen Rätediktatur gehört haben wird, nicht nur von der Ausichtslosigkeit, sondern auch von der Unmöglichkeit seines Altheimittels überzeugt sein muß?

Die Genossen Müller von den Unabhängigen und Bechke blieben dem kommunistischen Spiegelredakteur die Antwort nicht schuldig. Unter der Last des Beweismaterials, daß Beihake für die Unfähigkeit der Kommunisten zu praktischer Politik und positiver Arbeit auf dem Gebiete der Volksernährung, des Wohnungswesens und aller andern Fürsorge tätigkeit ins Treffen führte, benahmen sich die Kommunisten wie gesichtigte Schulbuben.

Der Landtag ist aufgelöst, der Wahlkampf steht bevor. Die beiden sozialdemokratischen Parteien, die bald wieder als die vereinte Sozialdemokratie fest und geschlossen dastehen werden, müssen ihn gegen zwei Fronten führen. Das sächsische Volk wird dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie stark und mächtig in den neuen Landtag einzieht, damit sie für ihre praktische Politik weder auf die Gnade der absolut unsicheren Kantonen von links, noch auf die Unterstützung von rechts angewiesen ist. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden sich dafür bedanken, den bürgerlichen Stützen des privatrechtlichen, kapitalistischen Systems mit seinem Bücher- und Schieberturn oder den reaktionären

Freunden der aldeutschen Wörterbundes Gefolgschaft zu leisten. Sie werden aber auch den Kommunisten für ihre Verbrüderung mit der Reaktion, für ihren Verrat an der sozialistischen Arbeiterklasse die gebührende Antwort geben. Sie werden dafür sorgen, daß durch eine sozialdemokratische Mehrheit die Festigung der Republik und ihre Weiterentwicklung auf demokratischem Boden im sozialistischen Sinne und Geiste gesichert wird.

pb.

Der Zuckerwucher soll weiter dahern

Die oldenburgische Regierung hat dem Reichsrat folgenden Antrag unterbreitet:

„Es wird beantragt: Der Reichsrat wolle beschließen, daß für das Betriebsjahr 1. Oktober 1922/23

1. zur Sicherung des Verbrauchs der Bevölkerung an Mundzucker je Tag und Woche ½ Pfund Zuder aus der Inlands erzeugung im Wege der öffentlichen Bewirtschaftung zur Verfügung zu stellen,

2. an Glasmachzucker, Zucker für Imker und Herstellung von Kunsthonig die nach näherer Bestimmung des Reichsernährungsministeriums notwendigen Mengen an die öffentliche Hand abzuliefern sind.

Die Abgabe des hier nach beschlagabgenommenen Zuders geschieht nach den §§ 18 bis 20 und 22 der Reichsverordnung über den Verkehr mit Zuder vom 17. Oktober 1917 und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen zu angemessenen, von den Verbrauchern tragbaren Preisen.“

Nach Ansicht der oldenburgischen Regierung beträgt die diesjährige Zudererzeugung 30 Millionen Rentner. Um der Bevölkerung wöchentlich ein halbes Pfund zu sichern, wären 15 Millionen Rentner nötig. Einsitzer wie Zuder sollte den Zuder für Marmelade und Kunsthonig zu sichern. Der Überschuß von 10 Millionen Rentnern und der zur Einfuhr gelangende Auslandzuder soll der freien Preisbildung und dem freien Handel überlassen werden. Für die von der Zwangswirtschaft erfassten 20 Millionen Rentner soll in den Raffinerien Beschlagnahme erfolgen und ein behördlich festgesetzter Preis gelten. Im Gegenzug zu diesem Antrag der oldenburgischen Regierung, der der Bevölkerung wenigstens ein Mindestmaß von Zuder sichern will, ein halbes Pfund pro Kopf und Woche ist angesichts der Milch- und Fleischknappheit nicht übermäßig viel, will das Reichsernährungsministerium auch für die Zukunft im Handel freien Zuderverkehr und freie Preisbildung beibehalten. Es will lediglich das Verbot beibehalten, aus Inlandzuder Alide und Zuderzucker zu erzeugen, solange nicht der Zuckerverbrauch der Bevölkerung gedeckt ist. Das Reichsernährungsministerium fürchtet, zweierlei Preise müssen Unzuträglichkeiten ab. Die Zustände sollen bleiben, wie sie sind, weil man den Widerstand der Interessenten sieht. Angesichts der Haltung des Ernährungsministeriums, die auch nicht ein Fünftel Verständnis für das Notwendige zeigt, müssen die Parlamente mobil gemacht werden. Eile tut not, denn hat der neue Zuder erst wieder die Raffinerien verlassen, so ist ein Eingreifen zwecks Zwangswirtschaft unmöglich.

Bor einem Umschwung in Frankreich?

In Pariser politischen Kreisen kursiert seit einigen Tagen das Gerücht, Poincaré beabsichtige sein Stabbin zu einem Ministerium der nationalen Koalition zu erweitern. Wenn solche Absichten tatsächlich bestehen sollten, so dürfte das in erster Linie auf die wachsende Gegnerschaft zurückzuführen sein, die Poincaré nicht nur auf der Linke, sondern auch von der französischen Schwerindustrie gemacht wird, mit der er es gründlich verderben hat. Und zwar sowohl mit der Richtung, die eine Besetzung des Ruhrgebietes erfordert, wie mit jenen Schwerindustrien, die auf ein Einvernehmen mit der deutschen Großindustrie hinarbeiten, und die hinter dem Abkommen Staines-de-Beuvron stehen.

Nach andern Meldungen aus Paris redet man dort beim Wiederbeginn der parlamentarischen Verhandlungen sofort mit einem Regierungswchsel. Als aussichtsreicher Nachfolger Poincarés wird vielfach Louchard bezeichnet. Seine Ernennung zum Ministerpräsidenten wird anscheinend von den Industriekreisen gewünscht, die auf eine Versöhnung mit Deutschland hinarbeiten.

Zehnmal mehr deuten die Nachrichten, die heute aus Frankreich kommen, darauf hin, daß sich ein Stimmungsumschwung vollzieht. Die tönenenden Reden Poincarés können nicht darüber bestätigen, daß seine Stellung bedenklich ins Radlin gerät, und daß es heute schon fraglich ist, ob er noch die Mehrheit des Parlaments hinter sich hat.

Englands Druck auf Frankreich

Nach einer Meldung aus Paris hat die Londoner City keine ungünstige Bewertung der Reparationsverhandlungen geäußert. Französische Druck auf den Markt geworfen, so daß die französische Bourse in gegenüber der Borse sehr schwach

verschlechtert hat. Ferner wurden von London aus im Zusammenhang mit dem englisch-französischen Konflikt in der Orientfrage alle französischen Wertpapiere in solchem Umfang angeboten, daß die Pariser Börse nicht in stande ist, das auf dem Markt kommende Material anzunehmen. Während alle französischen Wertpapiere starke Kursschwüge aufweisen, werden die in Paris gehandelten englischen und amerikanischen Papieren von der Baissestimmung kaum berührt. In Finanzkreisen erblüht man in diesen Vorgängen einen Beweis dafür, daß die englische Hochfinanz ihre Absicht zu verwirklichen beginnt, auf Frankreich einen wirtschaftlichen Druck auszuüben.

Verhandlungen mit England

Reichsbankpräsident Havenstein ist am Donnerstag abend auf Wunsch englischer Regierungskreise nach London gereist, um dort neue Verhandlungen über die Beilegung der gegenwärtigen Krise zu führen.

Auf englisches Wunsch ist bekanntlich die Sicherstellung der Autonomie der Reichsbank erfolgt, und es mußte deshalb die Forderung auf Hinterlegung eines Goldbestandes von der Reichsbank gewissermaßen auch als ein Vorstoß gegen die englischen Befürbungen zur Stabilisierung der Mark gewertet werden. Diese Bestrebungen sind aber unvereinbar mit einer Hinterlegung eines größeren Goldfonds aus dem Bestand der Reichsbank im Ausland.

Eine Lösungsmöglichkeit besteht darin, daß die Bank von England Belgien gegenüber Garantien für die Einlösung der Schatzwechsel innerhalb sechs Monaten liefert, während Deutschland sich unter den zunächst Belgien angebotenen Garantien der Bank von England gegenüber verpflichtet, innerhalb 18 Monaten die verauslagte Summe zurückzuzahlen.

Nach dem B. L. wird die belgische Note vor dem Abschluß dieser neuen Verhandlungen in London von der deutschen Regierung nicht beantwortet werden.

Der grosse Balkan

Nicht bloß einen gewissen Gleichklang des Wortes hat der Balkan mit einem Sultan gemacht, er birgt auch, wie dieser in seinem Innern unheimliche Kräfte, die ständig in gärender Unruhe sind und jeden Augenblick zu gewalttätigen Eruptionen führen können. Gegenwärtig scheint die Gefahr besonders groß. Schon melden die Männer Südslawische und bulgarische Truppenbewegungen, auf tragischem Gebiete soll es sogar bereits zu blutigen Zusammenstößen zwischen Komitašen, bulgarischen Freikämpfern, und griechischen Soldaten gekommen sein. Auf jeden Fall ist die Stimmung aufs äußerste gespannt und in der englischen, aber auch in der deutschen Presse kommt vielfach die Furcht vor einem Krieg zum Ausdruck, die Welt stünde direkt vor einem neuen Balkankrieg. Die Ursachen derartiger Vermüthungen sind auf der einen Seite die Drohungen der neutralistischen Regierung, nicht eher zu ruhen, bis Konstantinopel und Thrakien in ihrem Besitz sind, und auf der andern Seite der Zusammenschluß Rumäniens, Jugoslawiens und Griechenlands zu einem neuen Balkanbund, der sich ausdrücklich gegen die Osmanisch-Bulgarische wendet. Man braucht diese Tatsachen nicht zu übersehen und kann ihren Ernst würdigen, ohne doch übermäßig pessimistisch zu werden. Man muß im Auge behalten, daß der Konsult im Orient viel weniger entschieden wird durch die direkt in Mitleidenschaft gezogenen Völkerstaaten als durch die Großmächte, die daran verstrickt sind. Osmanisch-Bulgarisch bleibt nur so lange aktionsfähig, wie es der französischen Regierung und der französischen Großindustrie gefällt. Ob es aber im Interesse Frankreichs, daß auf dem Balkan sehr viel Sympathien zu verlieren hat und in hohem Grade finanziell abhängig von den andern Großmächten ist, liegt, für die großfürstlichen Ziele das Pauschal auf dem Balkan von neuem in die Lust zu sprengen, ist denn doch sehr die Frage. Wenn Bulgarien sich in diesem Augenblick röhrt, so ist das nur zu begreiflich. Es hat von seinen ehemaligen kleineren Verbündeten zu viel erwartet, um nicht ähnlichen Stimmungseinflüssen zu unterliegen wie die Türken. Doch ist nicht anzunehmen, daß es, nachdem es ein harter Friede zur Abschaltung zwang, stark genug ist, dem neuen Balkanbund als ernster Gegner gegenüberzutreten. Dieser Balkanbund aber ist vor allem zur Abwendung gebildet worden, nicht Kriegslustigkeit, sondern die Sorge vor einem Übergreifen des Brandes auf Europa hat den Anstoß dazu gegeben.

Das Stahlbad des Krieges

Der Agenzia Stefani zufolge sind das griechische und armenische Viertel in Smyrna durch Feuer größtenteils zerstört. Der Brand griff auch auf andre Viertel über. Unter der Bevölkerung herrscht Panik. Die italienischen Schiffe bemühen sich, die italienische Kolonie zu retten.

Nach englischen meldungen befinden sich in Smyrna etwa eine halbe Million Flüchtlinge, größtenteils Frauen und Kinder. Das armenische und internationale Rote Kreuz suchen nach Kräften, das herrschende Elend zu mildern.

Die indischen Mohomedaner für die Türkei

London, 14. September. Eine Wettermeldung zufolge werden die türkischen Siege von den Mohomedanern in ganz Indien gefeiert. Mohammedi ist die Mitglieder des indischen Staates und der gezeigenden Besetzung haben Teile gemeinsam an Lloyd George und den Biscione gejagt, in denen sie dringend ersuchen, die angenehme Gelegenheit zu benutzen, um eine Vereinigung zwischen dem britischen Reich und dem mohammedanischen Welt zu bringen. Sie hielten es für wesentlich, daß England mit Einschluß von Adenoevel, Konstantinopel und den Rezzengen dem türkischen Reich zuzuhören werde.

Ein Schriftsteller des Sozialismus

Vor dem Antritt des ungeheuren wirtschaftlichen Macht des Herrn Stinnes wird jetzt selbst Deutschnationalen bangen. In der rechtsozialen Deutschen Zeitung befürchtet sich eine Zeitschrift von hervortretender industrieller Seite mit dem Vertrag Stinnes-Lüderac. Der

Verfasser dieser Zeitschrift weiß, darauf hin, daß dieser Vertrag jedenfalls eine Vereinigung aller derjenigen Betriebe bedeuten werde, die Baustoffe für Häuser liefern. Das würde wieder dazu führen, daß im Binnenland kein Mensch mehr in der Lage sein werde, irgend etwas von diesen Sachen zu kaufen, da die Preise durch einen einigermaßen freien Wettbewerb nicht mehr hemdert werden könnten. Man würde die Preise zahlen müssen, die die Macht des Trusts dictieren. Röntgen wie schon jetzt in Deutschland der Wohnungsbau nur eine ganz kleine Erleichterung durch Neubauten genöthigt, so würde das in Zukunft völlig unmöglich sein. Wenn auch Stinnes selber an den Lieferungen nur im wäßrigen Grade durch eigene Werke beteiligt sei, so werde er durch die Gewalt, die dieser Vertrag in seiner Hand gebe, in die Lage versetzt werden, sämtliche Teile unter seiner gewaltigen und tatkräftigen Hand zu vereinen. Wir könnten deshalb bald einen Zustand von uns hören, wo die Marxsche Formel der Expropriation der Eigentümer noch vereinacht wäre. Ob Stinnes will oder nicht, so werde doch der Konsult die Konzentration der Wirtschaftsmittel föhlen, die in der Richtung der marxistischen Pläne liegt und die jedenfalls dem Marxismus den Zugriff auf die Wirtschaft wesentlich erleichtert werde, so daß wir eines Tages frag ausgedrückt, vor der Expropriation der Eigentümer stehen würden.

Der Verfasser der Zeitschrift sieht mit Recht Stinnes als einen Schriftsteller des Sozialismus an. Wenn, wie das schon Marx vorausgesagt hat, einige wenige Kapitalisten eine ständige gründerwerbende, ungeheure

wirtschaftliche Macht in die Hände bekommen, werden immer weitere Kreise einjagen, daß dieser kapitalistischen Gewalt herrschaft durch die Beteiligung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ein Ende gemacht werden muß.

Der Vertrag zwischen Stinnes und Lüderac war nur möglich, weil seit dem November 1918 in Deutschland viel verändert worden ist. Warum hat man nicht eine gemeinsame Organisation geschaffen, die den Wiederaufbau Frankreichs hätte übernehmen können. Warum ist man z. B. nicht dem Ratsschlag des jetzigen Berliner Städtebautes folgt, der empfohlen, in der Form einer Aktiengesellschaft ein großes, dem Reich gehörendes Unternehmen zu errichten, das über einen erheblichen Teil unserer Kohlen- und Eisenproduktion verfügt. Wenn Reich und Staat sich das Privatkapital nicht völlig über den Kopf ziehen lassen wollen, müssen sie versuchen, selbst eine größere wirtschaftliche Macht zu erlangen.

Heute wird es vor allen Dingen darauf ankommen, den Gesetzen zu begegnen, die durch das Abkommen des Herrn Stinnes dem Wohnungsbau drohen. Es müßte schließlich die Möglichkeit geschaffen werden, daß ein erheblicher Teil der Baustoffindustrie in die Gemeinwirtschaft übergeführt wird, damit auf diese Weise die nötigen Baustoffe für den Wohnungsbau in den nächsten Jahren gesichert werden können. Eben erst ist auf dem Kongress des deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege festgestellt worden, daß viele Familien in Wohnungen leben, die sich immer sind als Gefangenisse. Es darf nicht sein, daß diese Zustände deshalb noch schlimmer werden, weil Herr Stinnes seine Hand auf die Baustoffindustrie legt.

Gegen die Krisengerüchte!

Wirths Rede vor der Industrie

Auf dem Deutschen Industrie- und Handelstag in Berlin sprach auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Wirth. Er betonte, daß es die falschste Politik sei, zu glauben, die politischen Ereignisse mit Krisengerüchten begleiten zu sollen. Derartige Krisengerüchte könnten die politische Situation nur noch gefährlicher machen als sie ohnedies ist. Die Regierung, die, im Brüche des Vertrauens des Volkes, die Wirtschaft verantwortet, die Politik verantwortlich leitet, hat zu führen. Sie schlägt einen klaren, eindeutig bestimmten Weg der Politik ein. Sollte sich herausstellen, daß sie dabei von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist, und daß diese Politik nicht zum Ziel führt, so steht es der Volksvertretung jederzeit frei, eine andre Regierung an ihre Stelle einzuführen, die eine andere aber ebenso klare und bestimmte Politik verfolgt; denn klare Politik ist heute unbedingt notwendig für das Reich.

Die vorher vom Präsidenten Franz v. Mendelssohn ausgesprochene

Mahnung zur Besonnenheit

an das deutsche Volk und an die deutsche Wirtschaft kann ich nur wiederholen. Diese Besonnenheit hat besonders in politischen Kreisen des deutschen Volkes in der letzten Zeit manchmal gefehlt.

Die Einheit des deutschen Volkes ist das Ziel unserer Politik. Um die Einheit des deutschen Volkes zu retten, sind wir die Leidenswege gegangen, die Ihr Präsident dargestellt hat. Mit Freude kann ich betonen, daß das Gefühl der Unabhängigkeit am Reich im deutschen Volke außerordentlich stark ist. Gerade die besonders gefährdeten Landes Rheinland, Westfalen, Schleswig haben in den letzten Monaten den Einheitswillen außerordentlich deutlich zu erkennen gegeben.

Der Kanzler wiederholte sein früheres Wort:

„Erst Ruhe, dann Reparationen“

und sagte dann über die von ihm gewünschte Zusammenarbeit mit allen Kreisen,

dass er in den zwei Jahren Kanzlerschaft fast immer verschlossene Türen in den Industriekreisen gefunden habe, wenn er anfragte, ob sie zur Annahme eines Postens im Auslande bereit seien.

Um im Herbst und im kommenden Winter den Krieg gegen den Hunger zu organisieren, muß das ganze deutsche Volk bereit stehen, um mit der Regierung die drohenden großen sozialen Gefahren abzuwehren. Diese Arbeit leisten wir nicht nur für Deutschland allein. Was wir seinerzeit in Weimar getan haben, diese Versöhnungspolitik zwischen Proletariat und Bürgertum, war wahres Aufbauwerk, war eine abwehrende Mauer nach Osten und ein Zeichen der politischen Willenskraft des deutschen Volkes nach Westen.

Die glückliche Führung der Außenpolitik unseres Volkes hängt

von der wirtschaftlichen Einsicht unserer Gegner ab. Man muss schon weit in der Geschichte zurückgehen, bis man auf einen ähnlichen Wahl steht, wie auf den, ein Volk wie eine Zitrone auspressen und dann leicht schützen zu können. Hauptaufgabe der deutschen Politik war es, Konferenzen vorzubereiten, auf denen Bankiers und Vertreter der Wirtschaft saßen und die großen Probleme mitzutun. Der Tag der Revolution ist langsam heraufgedämmt, aber es ist die Gefahr damit verbunden, daß die Völker, um die es geht, innerlich zusammengebrochen sind, bevor diese Einigung in die politische Tat umgesetzt wird. Wir haben die Pflicht, alle staatlichen, moralischen und materiellen Kräfte aufzubieten, um diesen Zusammenbruch unseres Volkes zu verhindern. Pflicht aller Mächte, die am Kriege teilgenommen haben, aber ist, sich an einen Tisch zu setzen, die Frage des wirtschaftlichen Friedens zu prüfen und die Paragraphen festzulegen, die einen dauerhaften Frieden bedeuten. (Lebhafte Diskussion.) Ich erinnere dabei an die unvergesslichen Worte Rothaus in Genf: „Peace, Peace, Peace!“ (Frieden, Frieden, Frieden!) Europa macht heute nur Terminpolitik, auf den 15. August, auf den 15. September und schließlich auf den 15. Februar nächsten Jahres.

Diese Politik der Termine aber ist die Politik der Misserfolle Europas.

(Sehr richtig!) Es muß unsre Aufgabe und die ganz Europas sein, die Welt von den Feindseligkeiten zu befreien. Hierzu ist erforderlich, daß nicht jedesmal eine internationale Krise befürchtet wird, wenn die deutsche Regierung gezwungen ist, Verhandlungen zu widerstreichen, die uns von unserem Ziel, Leistung und Leistungsmöglichkeiten zu vereinen, entfernen. Wir wollen und müssen mit ruhiger Hand das Rad auch weiterhin in der Hand behalten. Unter aller Ziel, unsre Gemeinschaftsarbeit ist die Rettung des deutschen Volkes und die Wiederanbindung des Reiches für kommende Generationen. Der Weg dazu ist nicht Vergewaltigung des Nationalvermögens, ist nicht Schlemmerei, sondern er ist vielmehr Arbeit, und wenn es sein muß, Mehrarbeit. (Beifall) Keine Partei in Deutschland ist Schlemme. Zur Rettung des Vaterlandes müssen sich niemals alle Parteien selbstlos in die Baghette werfen. Das gilt ebenso für rechts wie für links, aber besonders für die bürgerlichen Parteien. Im Kampf um die Macht können die Parteien sich streiten, aber im Kampf um das Glück darf kein Politiker sein Leben durch die Hand eines Kanzlers verlieren. Unser Wahlrecht soll sein:

„Das ganze Deutschland soll es sein!“

Denn es gilt, die Einheit und Zukunft Deutschlands zu retten und Deutschlands Wohlfaht im Laufe der Jahre wieder herzustellen. (Starker Beifall)

Leben * Wissen * Kunst

Improvisationen im Schauspielhaus

Eine tüchtige Art, tüchtig gespielt, klar, zielsicher, von Vertrieben und von Sentimentalitäten nicht belämmert, der Freizeit tüchtig dientbar, dem Geist und dem Herzen nur mit ehrlicher Zurückhaltung verbunden, die sich lieber an schlagernde Weise als an ausgereifte Gestaltung hält; das ist begreiflich in einer Zeit, die Geist für bösiger hält als Virtut, und Geiste aus sich herauszieht, als ob sie Herzschwäche hätte. So war der große Erfolg des Abends denn doppelt gerechtfertigt: durch das, was gehoben wurde — und das steht mit runder, anständiger Justiz auf der Haben-Seite des Verfassers und des Schauspielhauses —, und durch das, was vermieden wurde (daß kann man freilich dem Verfasser nur hoffen).

Der Verlauf dieses dreitägigen Komödien von Mag. Mohr ist zu bewundern, als daß ich ihn hier ausführlicher könnte. Es genügt, zu sagen, daß er sorgfältig gespielt, klar, zielsicher, von Vertrieben und von Sentimentalitäten nicht belämmert, der Freizeit tüchtig dientbar, dem Geist und dem Herzen nur mit ehrlicher Zurückhaltung verbunden, die sich lieber an schlagernde Weise als an ausgereifte Gestaltung hält; das ist begreiflich in einer Zeit, die Geist für bösiger hält als Virtut, und Geiste aus sich herauszieht, als ob sie Herzschwäche hätte. So war der große Erfolg des Abends denn doppelt gerechtfertigt: durch das, was gehoben wurde — und das steht mit runder, anständiger Justiz auf der Haben-Seite des Verfassers und des Schauspielhauses —, und durch das, was vermieden wurde (daß kann man freilich dem Verfasser nur hoffen).

Der Verlauf dieses dreitägigen Komödien von Mag. Mohr ist zu bewundern, als daß ich ihn hier ausführlicher könnte. Es genügt,

dies der Ton ist, dessen vollstes, bestes Anstimmen dieser Zeit not tut, braudete der Erfolg des Abends nicht einmal erst zu beweisen. Die jubelnd-feste Gebärde des Überwinder ist wohl noch ebenso wie die vergleichsweise Gewalt des Reu-Schöpfers. Doch — er ist eine Komödie, die Kraft, Gehalt, Fröhlichkeit und Wirkung hat, was will man mehr.

Endlich einmal wieder ein Werk, an dem man sich ohne Zaudern und ohne Bittern Nachgeschmack freuen kann. Hoffentlich wird das Dresdenner Publikum diese Gelegenheit wahrnehmen.

Die Aufführung bestätigte, wie mir scheint, endgültig, daß wie an W. B. Illy einen ungemein gutlachenden Spieler haken. Wein, „Zusantricht“ ist ein solches Wort. Schon was er gestern geleistet hat, ist Eindrucksvoll genug. Ohne viel Gewaltanwendung, durch offenbar sehr wohlberechnete Anspornen der Darsteller hat er ein Spiel aufgezeigt, das kaum mehr zu wünschen übrig läßt, als in dieser Zeit unvermeidlich. (Ich verstehe nur nicht, warum die zwei Polizisten Karikaturen waren statt sachlich-realistischer Gestalten, und noch weniger verstehe ich, warum denn Scheffer als

zehn, sogar zu einer schwanzigen kommt, ist mir gewiß. Wir haben mehr so viele gute Aufführungen noch so viele Miere, daß wir sie noch kurz abgetanter Schuldigkeit wieder gehen lassen dürfen.)

Theater

Opernhaus. Verdis Othello gelangte gestern unter Gisela Zeitung neuherichtet und von Hartmann neuinterpretiert zur Aufführung. Die hämische Wirkung war ungewöhnlich stark, so daß nicht jedesmal eine internationale Krise befürchtet wird, wenn die deutsche Regierung gezwungen ist, Verhandlungen zu widerstreichen, die uns von unserem Ziel, Leistung und Leistungsmöglichkeiten zu vereinen, entfernen. Wir wollen und müssen mit ruhiger Hand das Rad auch weiterhin in der Hand behalten. Unter aller Ziel, unsre Gemeinschaftsarbeit ist die Rettung des deutschen Volkes und die Wiederanbindung des Reiches für kommende Generationen. Der Weg dazu ist nicht Vergewaltigung des Nationalvermögens, ist nicht Schlemmerei, sondern er ist vielmehr Arbeit, und wenn es sein muß, Mehrarbeit. (Beifall) Keine Partei in Deutschland ist Schlemme. Zur Rettung des Vaterlandes müssen sich niemals alle Parteien selbstlos in die Baghette werfen. Das gilt ebenso für rechts wie für links, aber besonders für die bürgerlichen Parteien. Im Kampf um die Macht können die Parteien sich streiten, aber im Kampf um das Glück darf kein Politiker sein Leben durch die Hand eines Kanzlers verlieren. Unser Wahlrecht soll sein:

„Das ganze Deutschland soll es sein!“

Denn es gilt, die Einheit und Zukunft Deutschlands zu retten und Deutschlands Wohlfaht im Laufe der Jahre wieder herzustellen. (Starker Beifall)

Opernhaus. Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall) — Schauspielhaus: Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall) — Reußtheater: Die Mädels von David (7% Uhr).

Schauspielhaus. Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall) — Schauspielhaus: Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall) — Schauspielhaus: Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall)

Schauspielhaus. Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall) — Schauspielhaus: Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall)

Schauspielhaus. Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall) — Schauspielhaus: Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall)

Schauspielhaus. Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall) — Schauspielhaus: Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall)

Schauspielhaus. Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall) — Schauspielhaus: Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall)

Schauspielhaus. Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall) — Schauspielhaus: Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall)

Schauspielhaus. Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall) — Schauspielhaus: Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall)

Schauspielhaus. Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall) — Schauspielhaus: Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall)

Schauspielhaus. Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall) — Schauspielhaus: Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall)

Schauspielhaus. Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall) — Schauspielhaus: Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Uraufführung gestrichen wurde, wiederholt. (Beifall)

Schauspielhaus. Sonnabend (7% Uhr) wird das Drama „Zenseits“ von Walter Hasenclever, dessen Ura

Revolutionsslegende und Volkspartei

Die Deutsche Volkspartei ist jetzt von dem heißen Wunsch überzeugt, unter allen Umständen in die Regierung hineinzukommen, und deswegen versuchen es die deutschvolksparteischen Führer, Kampfhaft, zu beweisen, daß sie auch in der Republik durchaus regierungsfähig wären. So hielt Herr Stresemann vor einigen Tagen auf dem ostpreußischen Parteitag der Deutschen Volkspartei eine Rede über die politische Lage, in der er zunächst ein paar ganz vernünftige Bemerkungen machte, aber allerdings im schärfsten Widerspruch stehen zu dem, was man auch heute noch in vielen deutschvolksparteischen Zeitungen zu lesen bekommt. Stresemann erklärte, daß die Novemberrevolution gar nicht der Sieg einer starken im Volke wurzelnden Revolutionstrümmer, sondern daß der Zusammenbruch des Alten Schuld an dieser Revolution war. Er wendete sich damit gegen die Revolutionsslegende, die von seinen eigenen Parteigenossen immer wieder verbreitet wird, was freilich kaum verhindern wird, daß auch in Zukunft die Männer, die im November 1918 in die Freiheit gesprung sind, von den Deutschvolksparteiern mit Dreck besprungen werden.

Aber Stresemann hatte offenbar Furcht davor, daß er mit seinen Bemerkungen rechts zu sehr anstoßen würde, und deswegen beriefte er sich schließlich, zu berücksichtigen, daß die Deutsche Volkspartei nicht etwa nach links abgerückt sei. Er hob hervor, daß die Volksparteileiter keine Novemberrepublikaner seien und keine werden wollten. Die monarchistische Agitation werde nur zurückgestellt, um dem Frieden des deutschen Volkes zu dienen. Auf Deutlich heißt das, die Deutschvolkspartei wollen die monarchistische Agitation vorsichtig fern lassen, weil ihnen die Kräfte zu hoch hängen. Aber wenn einmal der große Moment kommt, wo Deutschland wieder mit einem Instrument des Himmels beglückt werden kann, da werden die Herren von der Deutschen Volkspartei sehr gern bereit sein, in Deutschland wieder die Monarchie aufzurichten.

Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die die Deutsche Volkspartei erstrebt, ist nach Stresemann nur der Versuch der Ausbalancierung des politischen Kräfteverhältnisses in Deutschland, nach dem durch die Herstellung der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft und die sehr wahrscheinlich folgende Fusion der Sozialdemokratie der Versuch eines sozialistischen Übergewichts gemacht werde. Einen Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie erstrebe die Deutsche Volkspartei nicht und sie wolle nicht, daß es zu einem Kampf unter der Parole „Hier Rechtsblock — hier Linksblock“ komme.

Es ist ja bekannt, daß die Deutsche Volkspartei nicht abgeneigt sein würde, in eine Koalition einzutreten, an der auch die Sozialdemokratie beteiligt ist. Die Sozialdemokratie soll aber in der Koalition durch das Übergewicht der bürgerlichen Parteien möglichst an die Wand gequert werden, so daß ihre Beteiligung an der Regierung nur eine Dekoration bedeute. Die Aussage der hoffentlich bald vereinigten sozialdemokratischen Parteien wird es sein, die schlauen Pläne Stresemanns zunichte zu machen. Die Sozialdemokratie wird sich nicht an einer Regierung beteiligen, in der sie bloß noch Dekorationsstück wäre.

Zum übrigen bestätigen die Ausführungen des Herrn Stresemann von neuem, wie recht wir haben, wenn wir von einem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung nichts wissen wollen. Leute, die es immer wieder ablehnen, ein entscheidendes Bekenntnis für die Republik abzulegen und die nur „vorläufig den Kampf gegen die Republik zurückgestellt“ haben, wären wenig zuverlässige Schüber der Republik, die, wie die Vorgänge der letzten Monate zeigen, noch immer schwer bedroht ist.

Der „Führer“

In einem Leitartikel der Täglichen Rundschau, die Stinnes erst vor einigen Wochen eingelaufen hat, wird „das Problem der Führung“ eingehend erörtert. Selbstverständlich wird die „führerlose“ Politik der Regierung gegenüber dem wirtschaftlichen Notlande aufs schärfste kritisiert. „Wir sehen nicht die Hand vor den Augen“, wird gesagt und dann gefragt:

„Und warum nicht? Weil uns die Führung fehlt! Weil wir das Gefühl haben, von allen guten Geistern verlassen zu sein! Deswegen muß es auch einmal von mir mit aller nötigen Deutlichkeit gesagt werden: Mit diesem Verhandlungs- und Bezeichnungsbabel mit diesem stelllosen Durcheinander, als das die Berliner Politik uns notwendig erscheint, muß gestoppt werden! Von hier aus muß man den Faden haben, daß der einzige, der in den letzten Wochen bewußt Politik gemacht hat, Herr Stinnes war. Das war, als er der Reichsregierung bei den Verhandlungen mit der Reparationskommission beiprägte, stets für sich erkennbar geblieben und die Deutsche Allgemeine Zeitung berichtet; was zum andern der Vertrag mit den jüdischen Wiederaufbauautoren, das ziehen seiner Außenpolitischen Wirkung auch die innere hat, das drohende Gewissen der Arbeitslosigkeit wieder zu bannen; und was zum dritten bei den Verhandlungen mit den Belgien. Es war doch etwas!“

Davon, daß Herr Stinnes Politik gemacht hat, haben wir verdammt wenig gehört. Geschäfte hat er gemacht, sogar gute Geschäfte. Am übrigen hat er alles getan, was er konnte, um der deutschen Regierung Aufschluß zwischen die Hände zu werfen. Freilich, wenn wir hören wollen, daß wir immer noch tiefer in den Dreck kommen, dann müssen wir Stinnes zum politischen Führer des deutschen Volkes machen.

Einstellung der Berliner Häuslichen Neubauten

Sechs Wochen lang Schulauftakt im Winter. — Fortfall der Herbstferien.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Der Magistrat hat sich erneut mit Maßnahmen zur Einschränkung der häuslichen Ausgaben beschäftigt, wie sie durch das Zurückbleiben der Einnahmen hinter den Ausgaben infolge der Geldentwertung notwendig werden. Er beschloß: 1. Die Einstellung aller Hoch- und Tiefbauten in der ganzen Verwaltung, bei welchen die Arbeiten noch nicht erheblich begonnen haben, ohne Rücksicht davon, ob das Material schon beschafft ist oder nicht. 2. Eine schädliche Unterbrechung des Schulunterrichts im Winter zur Erfahrung der in dieser Zeit nötigen Heizungsmengen, dafür werden die Heizkörpern weggelassen; 3. die Zusammenlegung gering besuchter Oberklassen in den städtischen Schulen. Dagegen sollen die Arbeiten im Krankenhaus Block 1 fortgesetzt werden. Neben die Einstellung des Baues des Krematoriums in der Dietrichsteinstraße wurde die Beschlußfassung ausgesetzt. Endlich beschloß der Magistrat einen Aufzug an alle städtischen Dienststellen, Beamten, Angestellten und Arbeiter, auf allen Gebieten auf größte Sparsamkeit zu achten, um wenigstens die notdürftige Aufrechterhaltung der städtischen Haushaltswirtschaft zu ermöglichen.

Die Nürnberger Barthaftung zum Fall Auer

Berlin, 15. September. (Sig. Dräht.) In einer stark besuchten Vertrauensmännerversammlung der Nürnberger Arbeiterschaft am Donnerstag Abend sprach Genosse Müller über „Reparationen und Teuerung“. Müller erklärte, daß es höchste Zeit sei, zur Behebung der wirtschaftlichen Notlage die Wege zu gehen, die die Sozialdemokratie von jeder angenehmen habe. Es ist aber ganz falsch, wenn die Kommunisten der deutschen Arbeiterschaft ein Putschbild vermalen, das sie infolge der wirtschaftlichen Umstände nicht verwirklichen können, denn gerade Nürnberg, wo die Kommunisten die vollständige Macht in Händen hätten und die Wirtschaft am stärksten danebenliegt, sei das beste Beispiel dafür. Die Sozialdemokratie sei unbedingt für die Koalitionsregierung. Wenn im Herbst Stinnes und Konzert einen Vorstoß gegen die Regierung unternehmen sollten, so möge sich die Partei die Frage vorlegen, ob es in Zukunft noch die Verantwortung für die wirtschaftlichen Ereignisse übernehmen kann.

Einstimmig wurde ein Antrag angenommen, daß der Landesvorstand der Sozialdemokratie beauftragt wird, dem Genossen Auer wegen seines Verhaltens gegenüber dem Grafen Auer seine schärfste Kürbissigung auszusprechen und ihm aufzufordern, sein Amt als Landesvorsitzender niederzulegen.

Die Berliner Unabhängigen für die Einigung

In der Bezirksorganisation Groß-Berlin der unabhängigen Sozialdemokratie ist gestern ein Beschuß gefasst worden, der für die Versammlung der beiden sozialdemokratischen Parteien entscheidend sein dürfe. Nachdem eine Resolution Rosenfeld, die eine Vereinigung ablehnen wollte, gefallen war, wurde die Entscheidung, in der das vorliegende Aktionsprogramm als geeignete Grundlage für die zu bildende vereinigte Sozialdemokratie Deutschlands anerkannt wurde, mit überwältigender Mehrheit angenommen. Der Vertreter der Widerstand, Dr. Rosenfeld, hatte in seiner Darlegung bemängelt, daß in dem Einigungskommando ein Wort von der „Diktatur des Proletariats“ und vom „Kampf“ steht. Die Einigung bedeutet den Übergang zum Bürgerum und für die Unabhängigen im besonderen den Eintritt in die Reichssozialdemokratie. Eine völlige Einigung könne nur erfolgen, wenn auch die Kommunistische Partei mitmache. Man müsse warten, bis auch die Kommunisten einigungsreich seien. Aber diese Darlegungen fanden nur „stürmische Heiterkeit“.

Kleine politische Nachrichten

Oberleutnant Untermann in Mecklenburg

Schwerin, 14. September. (Ein. Drähtbericht.) Das bissige Ministerium gibt bekannt, daß der flüchtige Attentäter auf Harden, der Oberleutnant Untermann, nach außeräufigen Berliner Informationen in Mecklenburg auf einem Gute bei Wismar versteckt habe und veröffentlicht jetzt zwecks Festmachung das Signalement.

800 Mark für den Jenauer Kartoffeln. Die landwirtschaftlichen Organisationen des Kreises Landsberg an der Warthe rütteln an die Reichsregierung eine Beschwerde über österreichische Kartoffelaufläufer, die 800 M. je Jenauer zahlen.

Aus aller Welt

Lebensmittel für Kinoplätze

In Bierzen, der Nachbarschaft von München-Gladbach, geben die Lichtspielhäuser neue Preise bekannt und rügen hingegen: „Wir sind auch gerne bereit, Naturalien zum Frieden“ — werte in Bahlung zu nehmen, g. B. für eine Zigarette (50 M.) — 1 Pfund Speck, für eine Sprechblase (40 M.) — ½ Pfund Knäfele, für eine 1. Kl. Blas-Karte (50 M.) — ½ Pfund Margarine, für eine 2. Blas-Karte (20 M.) — 1½ Pfund Butter.“ Das könnte den Lichtspielhausbesitzern allerdings so passen.

Gewerkschaftsbewegung

Geringe Zunahme der Zahl der Arbeitsuchenden

Das Bild, das der Dresdner Arbeitsmarkt im August bot, war entsprechend den politischen und wirtschaftlichen Ereignissen schwankend und unscharf. Anzeichen für eine Verschärfung des Arbeitsmarktsatzes sind jedoch vorhanden. Die unverheiratete, außerordentliche Geldentwertung, verbunden mit Brenn- und Rohstoffmangel, hat viele Betriebe in eine schwierige Lage gebracht. Die fortwährende Teuerung schränkt die Kaufkraft der Bevölkerung immer mehr ein. Die Rahmenmittelgemeinde zeigen infolge des Konsumrückgangs deutlich eine Zunahme der Arbeitslosigkeit. Andererseits ist die Nachfrage nach Arbeit von Seiten älterer Frauen, Witwen, Ruheständler und Kleinrentnern, deren Einkommen immer weniger zur Besteckung einer bescheidenen Existenz ausreicht, weiter gestiegen.

Zo allgemein sind die Baden, die sich aus der Vermittlungstätigkeit des Central-Arbeitsnachweises im letzten Monat ergeben, nicht ungünstig, die Großindustrie, die Handels- und das Gastronomie mit ihrem guten Geschäftsgang abgesehen von vorübergehenden Störungen, durchgeholt haben.

Der Zustand an Arbeitssuchenden Ende August hat sich in den männlichen Berufen ungeachtet auf der Höhe des Vormonats gehalten (2781 gegen 2701), während in den weiblichen Berufen eine Zunahme um 775 auf 2002 (2127) stattgefunden hat. Diese Zunahme in den weiblichen Berufen ist vor allem durch weitere Entlassungen in der Zigarettenindustrie und durch die große Zahl von Neumeldungen älterer ungelehrter Frauen zu erklären. Die Zahl der Neumeldungen ist bei den männlichen Arbeitsuchenden um 171 auf 4416 (4245), bei den weiblichen Arbeitsuchenden um 405 auf 3848 (3936) gestiegen. Der Eingang an offenen Stellen hielt sich mit 12 230 (12 274) ungefähr auf der gleichen Höhe wie im Vormonat. Die Zahl der Vermittlungen war entsprechend der etwas größeren Zahl der Arbeitsuchenden um 205 höher als im Vormonat (9869 statt 9664). Von den besetzten Stellen waren 4297 (4236) ausibiliert, 421 (881) Vermittlungen erfolgten nach auswärts. In 59 (80) Fällen bedeutete die Vermittlung für den Arbeitsuchenden einen Berufswechsel. Die Zahl der unterlassenen Anmeldungen zeigt einen Rückgang auf. Es blieben ohne Anmeldung 1407 (1679) Arbeitsuchende fort. 254 (415) meldeten sich in selbstgefundene Arbeit ab.

Die Zahl der Empfänger von Gewerkschaftsunterstützung ist von 873 auf 888 gestiegen. Die Zahl der der Gewerkschaften zeigte erfreulicherweise wiederum eine Abnahme um 60 (875 gegen 444 im Vormonat), während die Zahl der langjährigen Arbeitsuchenden länger als 6 Monate, um 114 auf 424 (310) gestiegen ist. Jugendliche Arbeitsuchende waren im August 680 (762) beim Central-Arbeitsnachweis gemeldet. Außer den bisher angeführten Arbeitsuchenden kamen noch 102 (121) Ausseher aus den verschiedenen Betrieben zur Kontrolle.

Streik im Dresdner Friseurgewerbe

Die in den Dresdner Großbetrieben des Friseurgewerbes beschäftigten Arbeitnehmer sind am 18. September früh in den Streik getreten. Der Lohn der Friseure beträgt 1800 bis 1500 M. monatlich. Eine Friseuse bezahlt 500 bis 600 M. in der Woche. Die Gehaltserhöhung in den Betrieben beträgt aber höchstens 4000 bis 6000 M., so daß den Arbeitnehmern die Forderung des geforderten Gehaltes von 2500 M. für einen Friseurgehilfen sehr leicht möglich wäre. Der Gehaltserhöhungshut der Kreishauptmannschaft Dresden hat den Arbeitgebern eine Zusage gegeben, um mit der Arbeitnehmerorganisation zu verhandeln. Von der Arbeitnehmerorganisation sind folgende Berichte erhalten: Mag. J. Löbel, Hauptbahnhof; Kurt Oefmann, Prager Straße 54; Willi Wagner, Prager

Straße 58; W. u. C. Rabending, Schönleinstraße 7; Sieg. Rabending, Rossmühlestraße 1; Mag. Ratschner, Rossmühle; Wilhelm Schröder, Gäß. König, Ringstraße; Schwammerlweg 1; Almari 1; H. Christianstraße 82; Fischer, Ferdinandplatz; Wagenbach, Blauenbacher Platz; Schönwald, Strubestraße; Krause, Wismarplatz; Denzschel & Bönnisch, Wismarplatz; Becker, Sidonienstraße; Damenstrümpfegeschäft Löper, Marienstraße.

Tanzordnungsgebühren und Gastrinhaber

Vom Centralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten wird uns geschrieben: Die Dresden Gastrinhaber weigern sich, für die Gruppen Gastronomie einen weiteren Tarif abzuschließen. Auf die bestehenden Augustabzüge wurde von der Tarifkommission der Arbeitnehmer ein 80prozentiger Zuschlag gefordert, und nachdem zwei Scheitern an die Arbeitgeber abgedungen waren, bat man es nicht für angezeigt gehalten, uns eine Antwort zu geben. Bei einer achtständigen Arbeitszeit wurden folgende Kosten gefordert: Tanzcafé: wochentags ohne Kasse 110 M. mit Kasse 130 M.; Sonntags ohne Kasse 175 M. mit Kasse 195 M.; Kino: wochentags 100 M.; Sonntags ohne Kasse 125 M. mit Kasse 145 M.; Tanzcafé: wochentags 100 M.; Sonntags 130 M. Wir überlässt es der Öffentlichkeit, zu beurteilen, ob diese Forderungen berechtigt sind. Zu beachten ist dabei, daß die Tanzordner in tabellarem Maße die Obligationen zu verüben haben und ein solcher unter 20 000 M. nicht zu haben ist.

Bundestag des G. d. A.

Der auf Reichs-Dunderlicher Grundlage stehende Gewerkschaftsbund der Angestellten hält vom 8. bis 10. September in Weimar seinen Bundestag ab. Es wurde eingangs eine Entschließung angenommen, die sich für die Weimarer Reichsverfassung ausspricht und versichert, sie gegen jeden gewaltigen Angriff schützen zu wollen.

Zur Reform der Angestelltenversicherung forderte der Bundestag von Reichsregierung und Reichstag die sofortige Verabschiedung des längst überfälligen Gesetzes. Es wird die Bestellung der Gehaltsgrenze für die Versicherungspflicht gefordert, da eine solche bei der fortwährenden Gelbenberichterstattung zwielösig sei und außerdem eine Verhinderung der Angestelltenversicherung gegenüber der Arbeiterschaft bedeute. Dagegen wurde eine Verschärfung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung abgelehnt.

In einer weiteren Entschließung lehnte der Bundestag den Gedanken der gesetzlichen Einführung einer gleitenden Gehaltsskala ab, verlangte dafür die paritätische Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern an den Vermittlungsbüros des Reichsamts für Statistik zur Gestaltung der Reichsbergsäfte.

Zur Frage des Sozialabbaus wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt, daß der Bundestag an dem Grundgesetz festhält, gleiche Arbeit müsse auch gleiche Wertschätzung erfahren. Das Streben, die Gehaltsszüge tatsächlich in der einen oder andern Form dem Familienstand anzupassen, und so einen Sozialabbau zu schaffen, sei eine Gefahr für die Erhaltung der Arbeitsfreudigkeit und die Steigerung der Produktion. Nur auf Grund der außerordentlichen Notlage andererseits Angestellten könne sich der Bundestag mit dem jetzt gelösten Sozialen einverstanden erklären.

Zur Frage der Centralarbeitsgemeinschaft wurde folgende Resolution angenommen: „Die Möglichkeit eines Zusammenschlusses steht voraus, daß der einseitige Unternehmenspunkt zugunsten der Gemeinschaftsarbeitsgemeinschaft zurückgestellt wird. In letzter Zeit macht sich immer mehr das Bestreben gewisser Unternehmensorganisationen bemerkbar, den Abschluß von Tarifverträgen mit Angestelltengemeinschaften zu umgehen und die Entstehung von gelben Gewerksvereinen zu begünstigen. Solche Vorgänge sind eine Verleumdung des November-Abkommen 1918 und geeignet, die Grundlagen der Centralarbeitsgemeinschaft zu erschüttern.“

In einem Referat über die Gehaltssordnung protestierte Dr. Comberbach dagegen, daß der Reichstag sich einfach über die Geschäfte des Reichsamts hinwegsetzt. Weiter wurden noch über Arbeitsgericht und Arbeitsrecht und über die Arbeitslosenversicherung Referate erstattet und Entschließungen gefasst.

Deutscher Hüttenarbeiterverband, Wahlkreis Dresden und Umg. Sonnabend den 16. September und Montag den 18. September findet die Wahl zum Verbandsrat statt. Im allgemeinen geht sie betriebsweise vor sich. Die zur Zeit nicht im Betrieb Beschäftigten können von ihrem Wahlrecht während der Bereitschaft Gebrauch machen. Der Wahlauftakt erzielte zahlreiche Beteiligung.

Verbindlicher Schießabzug. Der Schießabzug des Schützenausschusses vom 29. August für die Reichsanwaltschaft wurde vom Dresdner Anwaltsverein abgelehnt; der Demobilisierungskommissar hat am 18. September, die allgemeine Verbindlichkeit erklärt. Der 20. und 80prozentige Zuschlag für August ist demnach zu zahlen.

Der Streik im österreichischen Buchdruckergewerbe, der seit dem 1. September dauert, wurde am gestrigen Donnerstag beigelegt. Von heute an erscheinen die Wiener Zeitungen wieder.

Der amerikanische Eisenbahnerstreik ist nach einem Telegramm des Exchange Telegraph aus Washington auf Grund eines Abkommen zwischen den Vertretern der Gesellschaften und den Delegierten der Arbeiterschaft beigelegt worden.

Der Dollar 1458,17

Berlin, 18. September. (Am. L.)

	15. 9.	15. 9.	14. 9.	14. 9.
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	100 Gulden 56429,3	56570,6	59625,1	59974,9
Dänemark	100 Kronen 80661,6	80788,4	82709,0	82909,8

Lernt und propagiert
die Welthilfssprache

Esperanto

Anfängerkurse beginnen vom 18. bis 22. September in allen Stadtteilen.
Näheres im redakt. Teil. **Arbeiter-Esperantisten-Gruppe Dresden.**

Arb.-Radfahrer-Bund Solidarität
Ortsgruppe Plauenscher Grund u. Umg.
Sonntag den 17. Sept. im Gasthof Sittler'sche
Großes Saal - Sportfest.

Aufgang um 4 Uhr.
Bürgerliche, die Mäntel zum Verkauf haben,
müssen bis 17. Sept. nach 3 Uhr abrechnen, sonst
werden die Mäntel als verfault.

Allgemein. Ortsgruppenfest Aloisie u. Umg.

Die Mitglieder des Vorstandes und Auszubildende
unserer Gruppe werden hiermit zu der Mäntel den
23. September, nachmittags 4 Uhr, im Gast-
hof Sittler'sche, Königstr. 21, stattfindenden außerordentlichen Aus-
schüttung eingeladen.

Zugeschickung: 1. Abteil. Zugangsnachrichten.

2. Dritter Dienstleistungsauditur. 3. Sonstiges.

Plötzlich, am 14. September 1922.

16) Der Vorstandsvorsitzende: Strelzer.

Nach langem, schwerem Leidern entschließt
unser lieber Vater, Großvater und Schwiegervater,
der Schlosser

Hermann Schmidtgen.

Die trauernden Familien

M. Witschke und Wehnert.

Beerdigung Sonnabend, 2 Uhr, auf dem
Inneren Neustädter Friedhof.

16) Der Vorstandsvorsitzende: Strelzer.

Lehrwerkstatt für Blumen-
machen und Färben

an der Staatl. Akademie für

Kunstgewerbe Dresden. — [f297]

Beginn der Lehrgänge Anfang Oktober.

Anmeldungen bis 26. Sept. im Sekretariat

der Akademie für Kunstgewerbe, Elbstr. 34, 2.

Tüchtiger und energetischer

Formiermeister

für die Formusichtshabilitation einer
Gießereihandlung in der Neustadt Dresden
zu möglichst

sofortigem Eintritt gesucht.

Angabe mit Lebenslauf, Beweise,
Abbildung, Vorbild u. Angabe des früheren
Unterrichtsortes unter J. 443 an

Alm-Dualenstein & Voßler, Dresden.

Hohe Verdienstmöglichkeit!

Einige ausverkäufliche **Corned-beef-Büchsen-**
Einsammler mit Lagerplatz für dauernd sofort
gekauft. Spangenberg & Linke, Schönbeckstr. 2.

Schrift für gelochte Bleche in Mitteldeutschland
sucht zu lohnendem Anteil einige tüchtige, er-
fahrene, möglichst unverheiratete

Werkzeugschlosser

für Schritte- und Stanzanlagen. Werkstätten
die durch Tätigkeit in Werkzeuganstalten ihr ge-
mäßigend kennzeichnen in allen vor kommenden Arbeiten
im Schritte- und Stanzanlagen erproben haben,
möchten ihre Bewerbungen mit Lebenslauf, Alter-
angabe, Wohnanschrift unter J. T. 10 an die
Expedition dieser Zeitung einsenden.

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung** u.
Zeitschriften sow.

Annoncen nimmt entgegen Herm. Fischer,
Aloisie, Königstr. Straße 31.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Bezirksverein Dresden.

Mitglieder-Versammlungen

finden statt:

Montag den 17. September, nachmittags 9 Uhr:

Im **Reglerheim**, Brieleistraße 12.

Montag den 18. September, nachmittags 11 Uhr:

Im **Gasthof Goldener Adler** in Kötzschenbroda.

Im **Gasthof Döhlener Hof** in Freital-Döhlen.

Im **Restaurant Deutscher Kugel** in Heidenau.

Zugeschickung: 1643

Bericht von den letzten Lohnverhandlungen und Gehaltssteigerung hierüber.

Das Mitgliedsbuch ist am Eingang vorzuzeigen. Ohne Mitglieds-
buch kein Zutritt.

Der Vorstand.

Agitiert für eure Zeitung!

Kaufen Sie jetzt!
Die Preise steigen weiter!

Sportjacken für Damen, Herren und Kinder

Strickgarne in allen, auch bunten Farben

finden Sie in größter Auswahl.

Strumpffabrik W. Paul Krause

Hauptgeschäft: Gerokstraße 54.

Zweiggeschäfte:

Bautzner Str. 23, Gr. Plauensche Str. 32.

Bestellungen auf die
Dresdner Volkszeitung
sowie sämtliche Parteileiteratur, Aufrufe von
Inferaten nimmt entgegen
Kolporteur Gläser, Heidenau.

Nach kaufen Sie billig!

Serien: **Damen** Mäntel
Anzüge Mäntel
Schlüpfer, Sportjackett
Wäsche, Gardinen

billigt in großer Auswahl, evtl. Teilzahlung.
M. Langer, Frauenstraße 12, L.

Rein Laden, nur 1. Stoß.

1628

Rabenau Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen
Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Kolporteur Nitzecke, Rabenau, Dresdner Str.

Rabenau

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung**, auf sämtliche
Parteileiteratur und soziale
Aufrufe sowie Inferaten für die
Volkszeitung nimmt entgegen

Die Erhöhung der Postgebühren

Der Reichsrat stimmte am Dienstag dem vom Reichspostrat beschlossenen Erhöhung der Posttarife zu. Danach wird u. a. vom 1. Oktober an der einfache Fernbrief 6 M., die Postkarte im Fernverkehr 8 M. kosten. Ein Postkarten-Brief wird in der Nahzone 30 M., in der Fernzone 80 M. an Kosten betragen. Die ursprünglich vorgeschlagene Erhöhung der Zeitungsgebühren ist vom Ministerium selbst zurückgezogen worden. Die Verpachtung der Zeitungen hat jedoch vom 1. Januar 1923 an der Verleger zu tragen; der Verpachtungsvertrag fällt weg. Der Höchstbetrag für Postsendungen werde auf 5000 M. erhöht, wofür das Porto 20 M. beträgt. Ein Auslandbrief bis zum Gewicht von 20 Gramm wird 20 M. kosten. Der Mindestbetrag für ein Telegramm ist auf 30 M. gesteckt, für ein Ferntelegramm auf 50 M. festgesetzt. Die Fernpostgebühren erfahren eine Erhöhung zu den Friedenspreisen von insgesamt 600 Prozent.

Reichspostminister Eisner nahm nach der Annahme der Vorlage das Wort zu einer Erklärung, die sich vor allem auf die Betriebsordnung des Postbetriebes bezog. Unter anderem betonte er, daß trotz der beschlossenen Erhöhungen wahrscheinlich ein Reichsbetrag von 15 bis 20 Milliarden Mark im Haushalt des Post bestehen bleibt. Die Leistungen der Post für das Zeitungswesen sinden in gut feinem Verhältnis zu der Bezahlung. Wenn er aber trotzdem auf die Erhöhung der Zeitungsgebühren verzichtet habe, so deshalb, weil er es für unmöglich erachte, die in Not befindliche Preise mit erhöhten Gebühren zu belasten. Der Personalaufwand sei inzwischen langsam und mit großen Schwierigkeiten verringert worden. Neuerzähliges Personal soll auch in Zukunft noch an andre Bewilligungen abgegeben werden, wobei von allen Dingen die 16 000 bis 17 000 Beamten in Frage kommen, die aus den abgetrennten Gebieten übernommen worden sind. Die Vereinfachung soll unter Mitwirkung der Beamenschaft und des zu diesem Zweck eingesetzten Reichszaubauschusses vor sich gehen.

Der 27. Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Mittwoch ebenfalls mit den neuen Postgebühren-Vorlagen. Abg. Genosse Steinloß ging bei dieser Gelegenheit nochmals auf die bekannten Reaktionen des Postrates Riesland ein, die in der Bevölkerung großes Unverständnis hervorgerufen haben. Ferner verlangte Steinloß die Befreiung der Beamten nach Fähigkeiten und nicht nach Dienstalter. Nach einer längeren Diskussion wurden die vorgeschlagenen Gebühren schließlich unverändert angenommen und folgende Entschließung wurde gefasst:

1. Den Postminister zu ersuchen, häufighin bei Beförderungen von Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung in leitenden Stellen nicht mehr in erster Linie das Dienstalter, sondern bei genügender Fähigung die Eignung maßgebend sein zu lassen. Beamte, die den Anforderungen der neuen Stellen nicht voll gewachsen sind, sollen nicht befördert werden. 2. Bei künftigen Gebührenerhöhungen soll die Postverwaltung die Einrichtungsosten der Fernsprechanschlüsse voll erfordern. Die Grundgebühr soll über fünftzig männiger und die Gesprächsgebühr stärker erhöht werden. Ferner soll die monatliche Bezugszeit für Zeitungen eingeführt werden.

Der Fünfzehner-Ausschuß

Die Berliner Kommunisten haben bekanntlich in Erwähnung einer andern Idee zur Bekämpfung der Tendenz einer Fünfzehner-Ausschuß eingefestigt, der einen Reichsausschuß der Betriebsräte gründen soll. Dieser Reichsausschuß soll einen Reichsbetriebsrätekongress einberufen und neben der Sanierung der üblichen kommunistischen Phrasen und Forderungen auch eine Bannbulle gegen den A. D. G. V. und die Sozialdemokraten erlassen. Die "Roten Jäger" im ganzen Lande freuen sich nun wie Kinder, wenn sie mitteilen können, daß schon irgendwo unter Ausschluß der Öffentlichkeit oder „mit List, Schauheit und illegalen Methoden“ ein Delegierter zu dem sogenannten Reichsausschuß oder zum Reichsbetriebsrätekongress gewählt worden ist. Von der begeisterten Zustimmung der Arbeiterschaft aus dem ganzen Reich“ reden die befehlenden Kommunisten, trotzdem bisher nur aus vier Städten Zustimmungsbeschlüsse vorliegen. Wie diese Zustimmungen übrigens zu laufen kommen, dafür ein Beispiel aus Halle, wo man auch einen Kontrollausschuß eingefestigt hat und den Schneider-Kreisler zum Delegierten für den Betriebsrätekongress bestimmte. Die Bekanntmachung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre in Halle bestand aus 400 Personen; unter ihnen ungefähr 50 Unionisten, die dort gar nichts zu suchen hatten. Tradition aber hinderte sie der kommunistische Vorsteher nicht, an den Entscheidungen der Versammlung mitzuwirken, während dem Vertreter des Gewerkschaftsrates, Wilepp, das Wort entzogen wurde. Wilepp verzog hierauf mit den Anhängern der beiden sozialdemokratischen Parteien den Saal. Das kommunistisch-unionsistische Kumpfparlament nahm dann im Namen des Proletariats von Halle“ die kommunistischen Forderungen an. So sieht die „begeisterte Zustimmung“ des Proletariats im ganzen Reich zu der verrückten Aktion der Berliner Kommunisten aus.

Die Raudup-Wirtin

Novelle von A. Blaumann

Übersetzt aus dem Lettischen vom Verfasser

„Doch uns versuchen,“ antwortet die Wirtin.

„Wie?“

Überrascht blickt Kahrl sie einen Augenblick an, wirkt dann lachend den Kopf zurück und führt sie nach der Mitte des Gehöfts.

Die Raudup-Wirtin tanzt mit Kahrl — und um einen frischen Grabhügel weben die Strahlen des Mondes einen silbernen Schleier . . .

Groß, sehr groß ist die Wirtschaft im Raudup-Gehöft, schwer, sehr schwer fällt es der Raudup-Wirtin, ohne Wirt derselben vorzutreten. Gibt sie aufs Feld, um nachzuschauen, was die Knechte treiben, faulenzen zu Hause die Mägde; arbeitet sie bei den Mägden zu Hause, faulenzen draußen die Knechte. Und wenn sie bloß faulenzen! Aber die Übernächtigen säen den Flachs im Gerstenland und die Kerze in das Flachsland und den Buchweizen dort, wo die Kartoffeln gestellt werden sollten, und vernichten die von dem Verstorbenen so streng eingehaltene Ordnung in der Saatfolge. Wenn das aber der Wirtin nicht in der Ordnung scheint und sie ein Wort darüber fallen läßt, so erhält sie die Antwort: „Der Wirt tat es auch so, der Wirt wollte dies und das genau so tun.“ Und die Raudup-Wirtin, welche sich früher um die Feldwirtschaft so gut wie gar nicht gekümmert hat, muß schwiegen und stanzen . . .

Im Keller reiht sich ein Spann Butter an den andern. Wer soll zur Stadt fahren? Die Raudup-Wirtin weiß wohl den Weg nach Riga, sie war einmal gemeinschaftlich mit ihrem Manne dort, aber unterdessen war zu Hause ein Hühnchen verendet. Sie hat keine Lust mehr, ein zweites Mal so lange vom Hause fortzubleiben. Ab und zu fährt wohl einer von den Knechten mit einem Fuhrer nach Riga, aber der Wirtin scheint es, daß er jedesmal ein paar Hubel weniger heimbringt, als es der Raudup-Wirt selbst getan hätte.

Die Wirtin klägt ihre Not ihren Vormündern. Die Vormünder lachen:

„Komm dir einen Mann,“ sagt der eine.

Sächsische Angelegenheiten

Saboteure der Republik

Vor mehreren Monaten hat das Unterrichtsministerium verordnet, daß die Schulbüchereien von Büchern zu reinigen sind, die die Monarchie verherrlichen. Jeder Seite weiß, welche Bücher unter diese Verordnung fallen; nämlich alle die Schmarren, die von irgendwelchen ordensbedürftigen „Pädagogen“ geschrieben wurden, um den Kindern zu befehlen, was für außergewöhnliche Menschen Wilhelm der Göttheit, Georg der Beschönige, Ferdinand der Siegreiche oder die hohenzollerschen und wettinischen Landesfürsten waren. Daß weder hochstehende literarische Werke noch die Schriften ernster Historiker darunter fallen, auch wenn sie nicht von republikanischem Geiste erfüllt sind, ist jedem klar, namentlich wenn man die Gewissheit hat, daß neben diesen Werken auch die entsprechenden von der Gegenseite (Bernstein, Meiring, Kautsky, Erzberger, Scheidemann, Maurenbreiter, Barbusse, Paasche, Frank, Schröder, Persius, Mucham) vorhanden sind, wie dies z. B. in der Landes- und Stadtbibliothek der Fall ist, die ja auch nicht gerade unter „revolutionärer“ Zeitung stehen.

Leider leuchtet das ein, nur nicht den Führern des Philosophenvereins. Diese müssen, da sie mit der Verordnung nichts anzusagen wissen, den Schulen empfehlen, ihre Bibliotheken bis zur Veröffentlichung eines „Index“ ganz zu schließen. Wie weit man dieser Parole gefolgt ist, wird Kultusminister Fleischer jetzt wissen, da bis heute die Ver-

Und du?

Lauende haben dem Aufruf der Landesversammlung Folge geleistet, haben die gebieterische Pflicht gegenüber der Partei anerkannt und

willig

den Stundenlohn-Beitrag

entrichtet. Warum zögert du noch? Gib schnell und füllle den Kampfsonds mit, der im kommenden Landtagswahlkampf unbdingt vonnöten ist.

Opfere!

richter der Direktionen beim Ministerium eingureihten waren. Der Sinn dieser Maßnahme ist klar. Es handelt sich wieder einmal um eine Demonstration, die nebenbei noch den Erfolg hat, daß sich die Zusammenhänge nicht kennenden Schüler und Eltern gegen die Tyrannie der roten Gewaltshaber empören und in wenigen Wochen mit dem Stimmzettel in der Hand diesen Bedrückern der Freiheit die gebührende Antwort erteilen werden.

Man stelle sich vor, daß von der verschossenen königlichen Regierung ein Erlass ergangen wäre, die Büchereien sollten von republikanischen Schriften gereinigt werden. Ob es dann eine Schule in ganz Sachsen gewagt hätte, dem Ministerium mitzuteilen, man wisse nicht, welche Bücher gemeint seien und müsse deshalb bis auf weiteres die Bibliotheken schließen. Und was wäre mit dem Vorstehenden eines Lehrervereins geschehen, der es unternommen hätte, eine solche Parole herauszugeben!

Es ist nicht unsre Aufgabe, dem Ministerium Raubläge zur Verhinderung derartiger Konstruktionen, wie sie sich heute in einigen Kreisen der Philologenschaft noch leisten, zu geben. Vielleicht weht ihm der herrschende Westwind etwas Luft aus dem republikanischen „Musterland“ Thüringen zu, wo Genosse Greif soeben wieder fünf der fortschrittlichsten Leipziger Lehrer zu Kreischulrat gemacht hat und an der Spalte des Realgymnasiums der Hauptstadt ein energischer Sozialdemokrat sitzt, ohne daß bisher die Stadt Goethes darob zu Grunde gegangen wäre. Dafür wird uns aber aus dortigen Philologenkreisen berichtet, daß die „Reaktionäre“ die Schwünge mächtig einzischen, was ja höchstlich im vierten Jahre der Republik auch bei uns selbstverständlich sein mühte.

„Ja, ja, nimm dir einen Mann,“ bestätigt der andre. „Eine so große Wirtschaft kann ohne einen ordentlichen Leiter nicht bestehen.“

Die Raudup-Wirtin erwidert:

„Ich soll mir einen Mann ins Haus stelen, während der Grabhügel des Seligen noch nicht mit Rosen bewachsen ist?“

Aber groß, sehr groß ist die Wirtschaft im Raudup-Gehöft, schwer, sehr schwer fällt es der Raudup-Wirtin, der selben ohne Wirt vorzutreten. Die Dienstboten werden von Tag zu Tag dreister und unverschämter, die Wirtin muß ihre Vormünder von neuem zu sich bescheiden und sie um Rat fragen.

„Ich sagte es dir ja, nimm dir einen Mann,“ sagt der eine.

„Und ich sagte, daß eine so große Wirtschaft ohne einen ordentlichen Leiter nicht bestehen kann,“ bemerkt der andre.

Die Wirtin erwidert sehr stark:

„Ach, wenn ihr mir dazu ratet . . . ich kann auch heiraten . . . Wer aber wird sich entschließen, eine so alte Witwe zu nehmen?“

Die Vormünder lachen.

„Da höre doch nur einer — eine alte Witwe! Wir selbst, deine Vormünder, würden dich heiraten, wenn wir könnten.“

Aber die Vormünder können nicht. Sie haben es schon

längst erkannt, daß es nicht gut ist, daß der Mensch allein sei und haben Gehilfinnen gesucht und gefunden. Sie nennen jedoch den Raudup-Wirtin andre Männer, unter denen sie ihre Auswahl treffen kann: Maizop, Spriz Schafson, Peeter Tschuschkot, Andris Schwankit, Krusti Kwohpm und Brenz Vesben — jeder drei, ein volles halbes Dutzend, denn an Männern, welche mit der Raudup-Wirtin Freud und Leid und das schöne Leben im Raudup-Gehöft teilen möchten, fehlt es wahrhaftig nicht.

Aber der Wirtin paßt keiner aus dem halben Dutzend.

Die ersten zwei betrachten sich allzu oft, die anderen huldigen dem Kartenspiel und sind unverträglich, der Aweybin ist ein reicher Dummkopf und den Brenz Vesben kann der kleine Matths nicht leiden.

„Ich aber brauche nicht nur einen Mann, sondern

mehrere, Kinder auch einen Vater.“

Der „Unterton“ Wilhelm II. will von oben erleuchtet sein. Also stecke man ihm ein Licht auf, daß es ihnen unmöglich macht, sich künftig gegenüber Ministerialverordnungen dümmer zu stellen als er ist. Dr. Kurt Schumann.

Kalkulation der Deutschnationalen

Im Sinne der Begriffsbestimmung des Buchers, wie sie das Sächsische Wirtschaftsministerium gegeben hat (siehe Dresdner Volkszeitung v. 13. Septbr.), hat die Landespreisprüfungsstelle ein Rundschreiben an die örtlichen Preisprüfungsstellen gerichtet, worin sie gegenüber dem stürmischen Verlangen breiter Wirtschaftsfreie, die Kalkulation zu den Wiederbeschaffungskosten grundätzlich zugelassen, ihren Standpunkt in weitgehender Begründung volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten wie folgt festlegt:

„Unter den jetzigen Wirtschaftsverhältnissen erscheint es recht und billig, Handel und Industrie auch für Lagerware eine Kalkulation zu Durchschnittspreisen zugestehen, wenn der feste Kauf einer neuen gleichartigen Ware noch nicht vorliegt, der Verzug neuer Ware aber nach der ganzen Art des Geschäftsbetriebes außer Zweck steht. Natürlich geht es nicht darum, für die wiederanzuschaffende Ware einen Preis nach Guindis zwecks Ermittlung des Durchschnittspreises anzusehen, vielmehr muß verlangt werden, daß der Preis für die neuherkommende Ware nachweislich feststeht (Preisliste, Mitteilung der Lieferfirma usw.). Für einen gewissenhaften Kaufmann ist es unter dieser Voraussetzung nicht schwer, einen Durchschnittspreis zu errechnen, der zugleich eines angemessenen Verdienstes des Verkaufspreis ergibt. Dieser deckt sich nicht und darf sich nach der bisherigen Stellungnahme des Reichswirtschaftsministeriums nicht decken mit dem Wiederbeschaffungspreis, trägt aber der Geldentwertung in angemessener Weise Rechnung.“

Diese Stellungnahme der Landespreisprüfungsstelle wird den örtlichen Preisprüfungsstellen zur Nachahmung empfohlen, die in der Praxis darauf hinzuwirken haben werden, daß eine in zu kurzen Zeiträumen erfolgende Preissteigerung möglichst vermieden wird. Ist sie nicht zu umgehen, so müssen für die Gründe so kurzfristiger Steigerung die Unterlagen zur sofortigen mühseligen Nachprüfung bereit sein.

Unterstützung der Sozialzentner

(N) Es bestätigt sich, daß die Reichsregierung besonders zur Unterstützung des Sozialzentner den Vertrag von 1 Milliarde Mark zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahme soll dazu dienen, den nach dem Notstandnahmegericht unterstützten Sozialzentner vor allem bei der Beschaffung der für den Winterbedarf erforderlichen Vorräte in Verbindung mit den von den Gemeinden auf diesem Gebiete zu treffenden sonstigen Maßnahmen wesentliche Erleichterung zu gewähren. Obgleich noch nicht bekannt ist, wieviel von der Summe den einzelnen Ländern überwiesen werden wird, hat doch die sächsische Regierung bereits die Verteilung getroffen, daß nach Eingang der Geldmittel sofort die Verteilung erfolgen und die sehr erfreuliche Absicht der Reichsregierung, die Sozialzentner durch außerordentliche Maßnahmen besonders zu unterstützen, in die Tat umgesetzt werden kann.

Die Preise der Mauerziegel

(N) Die erhebliche Erhöhung der Ziegelpreise, der Brachen und Hügelböden sowie die Steigerung der Löhne und allgemeinen Betriebskosten haben mit Wirkung vom 1. September 1922 die Festsetzung neuer Höchstpreise für Mauerziegel erfordert. Sie sind wie folgt für 1000 Stück Mauerziegel aufzuladen ab Werk festgesetzt worden: im Etagen der Kreishauptmannschaft Dresden 6500, der Amtshauptmannschaften Radeberg und Kamenz 7200, der Kreishauptmannschaften Löbau und Bautzen 8400, der Kreishauptmannschaften Chemnitz 9150, Borsdorf 9000, Leipzig 7200 M., jedoch für die Kreishäfen Hainichen, Perkhedorf und Ballenau bei Hainichen und Berg 7350 M., für Borsdorf 7550 M., für Mittweida, Mittweidewitz und Leutenberg 7580 M. Bei Abgabe unter 1000 Stück ist zu den genannten Preisen ein Aufschlag von 10 v. H. und von 1000 bis 5000 Stück ein solcher von 5 v. H. zulässig.

Der Wohnungszuwachs in Sachsen stellte sich im zweiten Weltkrieg auf 1280 Wohnungen. Zum Juli wurden 130 (gegen 125 im Juni) Neubauten mit 887 (802) Wohnungen aufgeführt und kompliziert obengenannt, darunter 58 (57) Ein-Millionenhäuser. Durch Um-, An- oder Ausbauten wurden 105 (120) Wohnungen gewonnen. Dagegen war ein Wohnungsaufgang von 8 (7) zu verzeichnen, so daß der Juli einen Neuzuwachs von 548 (475) Wohnungen brachte.

Gemeinschaftszeitung. Der angekündigte Zusammenschluß verschiedener westfälischer Zeitungen zu einer Gemeinschaftszeitung ist nunmehr erfolgt. Dem neuen Verband westfälischer Zeitungsverleger gehören das Gierschauer Tageblatt, der Lüneburger Kalender, der Augsburger Zeitung, der Oldenburger Volksbote, das Schönburger Tageblatt und das Göhnerischen Blatt an.

„Gewiß, gewiß,“ versichern die Vormünder. „Wo aber einen hernehmen, der dir gefällt und dem Kind nicht zu wider ist?“

Da erscheint Kahrl im Gefinde. Er kommt fast jeden zweiten Sonntag her, ist jedoch seit dem Tode seines Taufvaters noch nicht in der Stube der Wirtin gewesen. Er spielt mit dem kleinen Matths in der Gefindestube, draußen im Hof, hier und da, bloß in die Stube der Wirtin geht er nicht. Aber heute, nachdem er vernommen, daß die Wirtin Besuch hat, bleibt er nicht in der großen Stube, sondern geht weiter hinein.

Jubelnd hinkt ihm der kleine Matths entgegen, hängt sich an den Hals und drückt seine Wangen an Kahrls. Kahrl beruhigt das Kind und begrüßt sich mit der Wirtin und deren Vormündern. Dann geht er sich, nimmt das Kind auf den Schoß, beginnt mit den Vormündern sich zu unterhalten und baut für den kleinen Gartenhäuschen.

Nachher brechen die Vormünder auf, um die Felder des Raudup-Gehöfes zu besichtigen. Der kleine Matths will mitgehen, das heißt, will, daß Kahrl ihn mitbringt. Die Wirtin schüttet das Kind für ein solches Verlangen, Kahrl jedoch erhebt sich und geht, das Kind auf dem Arm, mit den Vormündern.

Die Felder des Raudup-Gehöfes stehen gut, trotzdem die Saat nicht in den richtigen Boden gefüllt worden ist, die Raudup-Wirtin kann auf eine reiche Ernte hoffen. Die Felder sind groß, Kahrls kräftige Hand will müde, während er den kleinen Matths um dieselben herumträgt . . .

Sie lehnen endlich ins Gefinde zurück, wo ihnen ein prächtiges Essen entgegenstellt. Nachdem er satt geworden, wird der kleine Matths schlaftrig und geht zu Bett. Kahrl wartet ab, bis das Kind eingeschlafen ist und verabschiedet sich dann. Die Vormünder bleiben noch da. Sie sprechen mit Kahrl und erschöpfen sich in Lobreden über ihn. Die Raudup-Wirtin hört zu.

Stadt-Chronik

Die Wohnungsfrage — eine Lebensfrage der Stadt

Die Stadtverordneten hatten sich gestern mit einer Vorlage über die Erhöhung des Gemeindezuschlags zur Wohnungsbauabgabe zu beschäftigen. In einer Ratsdrucksache, die allerdings vom 30. Mai 1922 datiert (inzwischen haben sich die Wohnungsverhältnisse weiter verschärft) wird zu der Angelegenheit folgendes ausgeschildert:

Die Wohnungsnot ist enorm und steigert sich von Tag zu Tag. Im Monat März betrug die Zahl der neu eingezogenen Wohnungsgesuchte 1881, so daß sich die Gesamtzahl von 40 110 auf 41 991 erhöht hat. Das geringe Wohnungsangebot kommt überhaupt nicht in Betracht. Die Mietlücke, die Rot mit allen Kräften zu steuern, wird in Dresden allseitig erkannt. Es gibt für die Gegenwart und nächste Zukunft keine so unmittelbar drängende, allgemeine empfundene, wichtige Frage als die Wohnungsfrage, deren Lösung

die bisher zur Verfügung stehenden Mittel müssen als unzureichend bezeichnet werden, und da die Baukosten weiter gestiegen sind und voraussichtlich noch weiter steigen, so können ohne Zuhilfenahme der Referenden nicht einmal alle vorgeschlagenen wenigen Wohnungen zur Ausführung kommen. Würde man sich übrigens mit den zur Verfügung stehenden Mitteln begnügen, so würde die Baufähigkeit auf etwa ein Drittel der Vorjahre einschränkt werden müssen.

Im Hinblick auf die ungünstige Finanzlage erscheint es von vornherein ausgeschlossen, daß die Stadt Dresden abermals aus Anleihemitteln einen größeren Vertrag zur Verfügung stellen kann, auch die finanzielle Lage des Landes erlaubt es nicht, aus Anleihemitteln Beiträge wie im Vorjahr von 420 Millionen Mark flüssig zu machen. Um hinreichende Kapitalien zu beschaffen, die den Wohnungsbau wirklich wissentlich fördern, bleibt als einziges Mittel nur übrig, daß die Wohnungsbauabgabe, die durch das Reich eingeführt und auf insgesamt 50 Prozent der Friedensmiete von 1914 festgesetzt worden ist, entsprechend dem Bedürfnis für die Stadt Dresden erhöht wird. Es ist nicht zweifelhaft, daß eine solche Erhöhung besonders bei minderbemittelten Mietern als ein Opfer empfunden wird. Für einen Mieter, der eine Wohnung innehat im Freilebenniveau von 400 Mark, würde eine Mehrabgabe von 200 M. im Jahre zu lasten sein. Die Wohnungsbauabgabe wird auf Antrag erlaubt, wenn das steuerbare Jahreseinkommen des Abgabedienstlers für das die Veranlagung vorausgehende Nachnungsjahr 20 000 M. nicht übersteigt, oder wenn die Erhebung der Abgabe wegen Krankheit oder Erwerbslosigkeit des Abgabedienstlers oder aus sonstigen Gründen eine besondere Rücksicht bedienten würde. Die Erhöhung der Einkommengrenze bis 30 000 M. ist beantragt.

Das Wohnungsamt hatte zum Zwecke einer sozialen Ausgestaltung der Abgabe deren Staffelung nach der Höhe des Mietzuges für die abgabenpflichtigen Räume, die Berücksichtigung minderreicher Familien und eine stärkere Erfassung der gewerblichen Räume im Verhältnis zu den Wohnräumen angeregt. Der zuständige Referent im Landeswohnungsamt hat diese Milderungen aber als ungesehlich bezeichnet.

Angesichts der dargelegten Verhältnisse ist es durchaus geboten, daß die Wohnungsbauabgabe auf 100, anstatt auf 50 Prozent festgesetzt wird. Der mutmaßliche Vertrag dieser Wohnungsbauabgabe für Dresden würde folgender sein: Der Gesamtmietwert aller Wohnungen und gewerblichen Räume in Dresden mit den 1921 eingemeindeten Vororten betrug Ende Juni 1914 rund 130 Millionen Mark. Die vorgeschlagene Erhöhung des Gemeindezuschlags ergibt einen Ertrag von 65 Millionen. Nach Abzug der Erhebungskosten, Aufsätze und Versteuern ist mit rund 55 Millionen Mark zu rechnen. Mit einem solchen Aufschwung lassen sich freilich immer erst ca. 137 Wohnungen mehr schaffen, eine durchaus ungenügende Zahl. Es bliebe daher noch der Weg einer Anteilsbeschaffung durch die Stadt zu erwägen. Es könnten z. B. über befondene Belastung der Stadt von obigen 55 Millionen nutzmaßlichen Erträgen der Wohnungsbauabgabe 5 Millionen für Vergütung und Tilgung einer Anteilsverwendung werden. Bei 5 Prozent Vergütung und 3 Prozent Tilgung in 21 Jahren könnte eine Anteile von 63 Millionen Mark aufgenommen werden. Sollte es dem Finanzamt gelingen, eine Anteile in dieser Höhe aufzunehmen, so würden 50 Millionen Mark Bauausgabe und 63 Millionen Mark Anteile — 113 Millionen Mark Kaufmittel zur Verfügung stehen, wodurch statt nur 137 Wohnungen deren 232, also mehr als die doppelte Anzahl, erstellt werden können.

Berufsberatung und Schule

Unser Berufsberatung und Schule sprach im Dresdenner Lehrerverein Herr Dr. Handrich, der Leiter der Dresdner Berufsberatungsstelle. Er führte aus: Die Berufsberatungsstelle braucht vor der Öffentlichkeit nicht eingehend nachgedacht zu werden. Schon vor einem Jahrhundert lassen sich schwache Anfänge zu ihr feststellen. (Intelligenzkontor in Leipzig, Lessings Überzeugung eines spanischen Buches „Vergütung der Köpfe“.) Jetzt ist sie bestimmt geworden in den meisten Kulturländern. Ihre innere Notwendigkeit ergibt sich aus der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands. Es gilt den arbeitenden Menschen zu erfordern, damit sozialinteressierte Berufsberater dem wirtschaftlichen Leben zugeführt werden. Dann wird sich auch die durch die Überprüfung der technischen Hilfsmittel hervorgebrachte seelische Verarmung und Decadence des Arbeiters, die Unzufriedenheit mit der Arbeit feststellen, die sich namentlich in den Kreisen vieler Industriearbeiter äußert, abstellen lassen.

Ziel der Berufsberatung ist planmäßige und wohl überlegte Überführung unseres Jugend in das Berufsfeld unter Berücksichtigung der geistigen und körperlichen Veranlagungen und Fähigkeiten. Beauftragung der wissenschaftlichen Verhältnisse vor Berufsschülern, Eltern und Staat, und Berücksichtigung des Arbeitsmarktes und der Berufsausbildungen. Erreicht werden kann das Ziel nur, wenn sich die Berufsberatung aufbauend auf wissenschaftlich begründeter Berufskunde und wissenschaftlich fundierter Kenntnis des körperlichen und geistigen Veranlagung des Anwärter. Die Berufsberatung muß zusammenhängen mit Volkswirtschaften, Soziologien und Politiken; Berufsschule und Berufsberatung sind un trennbar miteinander verbunden. Kennen doch unter Großstadtkinder nur sieben, höchstens acht Berufe angewandt genau. Durch Gelegenheitsunterricht und Führungen kann diesem Nebenstand abgeholfen werden. Gesicht aufgenommene Fälle werden dabei wesentliche Hilfe leisten. Der Lehrerchaft selbst aber muß Gelegenheit geboten werden, diese und jene Berufsarbeit durch eingehende Rüttungen in Fabriken und Lehrwerkstätten genau kennen zu lernen.

Auf dem Gebiet der Berufsberatung bringt die Gegenwart bei nahe unüberwindlich erscheinende Hindernisse und doch muß der Hernausende wieder die Zulage ahnen und fühlen lernen, die auf der Arbeit für die Gemeinschaft entsteht. Viele erfährtliche Berufsberatung wird sich gründen müssen auf die geistige und körperliche Veranlagung unserer Jugend. Deren Erforschung ist aber nur möglich, wenn die Lehrerchaft sich willig und arbeitsfreudig in den Dienst dieser Sache stellt.

In der anschließenden Debatte kam bei aller Artikul der jetzt

vorliegenden Beobachtungsbogen der Berufsberatungsstelle doch der einmütige Willen des Lehrervereins zu dieser Mitarbeit zum Ausdruck.

Der Kongress der Glücksättler

Vor der 3. Großmutter wurde gegen den Ingenieur Walter Bernhard Günther-Vorster, 38 Jahre alt, und gegen den 40jährigen Kolonialwarenhändler Karl Hugo Ritter wegen Betrugs und gewerblichen Glückspiels verhandelt. Außerdem hat sich Günther-Vorster allein noch wegen Betrugsverschiffung in drei Fällen zu verantworten. G. V. war im Jahre 1920 und 1921 im Gletschertäterschule zu Döbeln beschäftigt und wohnte in Tharandt. Der wirtschaftliche Nutzen hatte einen Kaufmannsladen in Döbeln bei Tharandt. Beide wurden miteinander bekannt und da G. V. mit jenen Einsichten nicht ausnahm, hätte auch über schlechte Geschäfte gesagt. Jeder beide vereinigte einen Konzern zu gründen. G. V. hatte aus verschiedenen Projekten einen neuen Projekt angenommen für den „Horizont-Konzern“, worin sie den Einzahlungen in zwei Monaten Rückzahlungen mit 100 Prozent Gewinn versprachen. Das Geschäftsvorhaben wurde in Dresden, Wildstrudelstraße 27, aufgeweckt. G. V. gab seine Stellung auf und widmete sich seit Mitte Juli 1921 angeblich ganz dem Geschäft. Ritter war früher Schneider und gab selbstd an, nicht das geringste von Pferdeketten und Sporn zu verstehen, er verlor sich ganz auf seinem Geschäftsfeld. Als immer bei den beiden verloren wurde, befand es Ritter mit der Angst zu tun und er machte seinem Gesellschafter Vorstellungen. Der beschäftigte ihn mit der Mittelstellung, daß er mit einem Sportmann, Herrn von Tarczynski, einen Vertrag abschließen habe, der nun die vorläufige Führung übernehme. In der Verhandlung stellte sich heraus, daß davon kein Wort wahr war. G. V. trug das eingesogene Geld alles zu Buchmachern im Café Central und Stadt Kino. Das Unternehmertum florierte nicht besonders, es hatte während der Zeit seines Bestehens im ganzen nur gegen 11 000 M. Einzahlungen zu buchen. Dieses Geld ist vollständig verloren. Außerdem hat sich G. V. durch Missbrauch der Unterschrift seines Vaters und des Namens Burkhardt zwei Geburtsjubiläen, je einer von Standesamt Leipzig und Niederweimar, verpasst. Mit einem der Scheine verzogte er sich ein Durchein von 550 M. und tauschte mit falschem Namen. Während seines Aufenthalts in Tharandt nannte sich G. V. oft auch Dr.-Ing. oder Dipl.-Ing., ebenso noch von Günther-Vorster. Das Urteil lautete für ihn wegen Betrugs, schwerwieglichen Glückspiels und Urfundenfertigung auf 6 Monate Gefängnis, 10 000 M. Strafe und 3 Jahre Ehrenverbot, für Ritter nur wegen gewerblichen Glückspiels auf 3000 M. Strafe. Bei G. V. gilt die Geldstrafe durch die Untersuchungshaft als getilgt.

Aus der Gesamtbefreiung. Der Rat hat die Errichtung einer städtischen Preisstelle vom 1. Januar 1923 an genehmigt. Zur Leitung der Preisstelle soll eine journalistisch vorgebildete Kraft in Präsidialberatung angestellt werden. Die Einkommensgrenze der Bezieher von Stillprämien wird vom 1. Oktober an von 30 000 auf 50 000 M. heraufgestellt. Die bei Reich und Staat für die Zeit vom 1. September 1922 bewilligte Erhöhung des Ausgleichszuschlags zu den Dienstbezügen wird auf die städtischen Beamten übernommen. Für die Bezüge der Landesbehörden gesetzelt wird ein neuer Vergütungsstarif mit Wirkung vom 1. September an eingeführt. Die Stadt berichtet sich an dem Anfang des Baradengers Bick auf Rügen als Kindererholungsheim und an der zu diesem Zweck zu gründenden G. m. b. H. mit 150 Plätzen und stellt dazu ein Berechnungsmodell von 2 Millionen M. zur Verfügung.

Schulindelbstätte. Die Gesellschaft für Kleinstadt in d. h. in Dresden bekräftigt vom Zeitungskreisgegen einen Vertrag in verschieden deutlichen Zeitschriften zu erreichen und sucht hierfür geeignete Herren, die über 50 000 M. verdienen, denen garantiert sie dafür über 50 000 M. Jahresinkommen. Es handelt sich um eine der üblichen Kleinstädte. „Gründler“ der Gesellschaft ist ein Mann, der seit Jahren darauf seinen Unterhalt gewinnt, daß er in bedeutlichen Kommen unter den verschiedensten Firmen Eigentümer vertreibt, deren Abnehmer durchweg dabei ihr Gehalt erhalten. Die Gesellschaft ist über dies noch nicht einmal gegründet, und das Stammpapier von 200 000 M. soll offenbar erst aus den Einzahlungen der Eigentümer beschafft werden. Vor jeder Verbindung ist dringend zu warnen.

Bor einem weiteren Schwindler warnt die Kriminalpolizei, dem früheren Elektrofunkler Johannes Richard Herbert Worms von hier, der sich als Inhaber des nicht bestehenden Firma Worms & Co. ausgibt und in der Hauptstraße außerhalb Dresdens Bestellungen aus Tertilmotoren entgegennimmt und sich Anzahlungen darauf herausläßt, ohne zu liefern. Worms ist gleich in der Gegend von Großröhrsdorf und Herrnhut aufgetreten.

Schicht ausgelöste Straßenbahnskatzen. Die jetzt zur Ausgabe gelangenden Straßenbahnskatzen sind längst wegen Rangels an geeignetem Karton, was wir aber bezweifeln müssen) dünner als sonst ausgefallen. Bei nicht sorgfältiger Behandlung kommt es daher vor, daß sich Schichtenskatzen vom Hauptteil der Karte lösen. Das kann den Inhaber Nachteile bringen, wenn die Schaffner die Zugehörigkeit des Kartons nicht einwandfrei feststellen können. Zur Vermeidung von Verlusten ist es ratsam, mit diesen Karten recht vorsichtig umzugehen. Wir hoffen, daß der Mat die unangenehme Sparpostkarte aufgibt und nächsten Karton aus härterem Karton herstellen läßt.

Beliebender Film. Die nächste, zu sehr ermüdigten Eintrittspreisen in den Kammertheatern Sonntag den 17. September, vormittags 10½ Uhr, stattfindende 6. Sonderfilmaufführung der D. L. G. C. bringt zunächst eine Fahrt an die Nordsee, nach Helgoland und Norderney, und einen Film von Triberg im Schwarzwald mit dem größten deutschen Wasserfall. Aus dem übrigen reizhaften Programm seien noch ein größerer Film über die Entwicklung der Sudostdeutschland und ein Film vom Gelbrandfaser erwähnt. — Kartenverkauf läuft auch am Sonntag vormittags, in den Kammertheatern, Wildstrudelstraße.

Wilsprofe. Auf Grund der vom Wirtschaftsministerialen Landesverband Sachsen für die Zeit vom 16. bis 30. September vorgenommenen Regelung der Wilscherzeugerpreise ist der Kleinhandelsverein für das Bützow-Vollmilch ab 16. September für Dresden auf 81 M. ab Baden, auf 34,40 M. frei Hans bzw. ab Wagen festgesetzt worden.

Umwärzung der Konzerne? Ein „Generaldirektor“ O. J. Bruno Schmidt ist in Chemnitz sucht solche, die nicht alle werden, zur Gründung einer Aktiengesellschaft. Er verspricht für Einlagen unter 50 000 M. 38 Prozent, für höhere 48 Prozent Gewinnanteile. Der Schmidt möchte schon später gewartet werden, als er unter dem Titel „Gärtnerdirektor“ landwirtschaftlichen Unterricht erhielt.

Aus Nahrungsdrogen in den Tob. Eine in der Hüblerstraße wohnhafte 31 Jahre alte Witwe läßt sich am Donnerstag durch Einheiten von Leichgas freimäßig aus dem Leben, weil sie die Sorgen um das tägliche Brot nicht mehr zu ertragen meinte. Ein neuer Opfer der unerhörten Teuerung.

Unfälle. Donnerstag abend gegen 7 Uhr lugte sich ein in der Biegelstraße wohnhafte 19 Jahre alter Pendler an den rechten Arm und wurde mit Unfallwunden nach dem Carolathause übergeführt. — Donnerstag abend nach 7 Uhr stürzte er auf der Ecke der Bodelschwein- und Liebäcker Straße ein beschleunigter Wagen um und rüttelte es wieder auf. — An der Ecke der Chemnitzer und Bambergstraße stieß er am Mittwoch ein Lastauto mit einem Motorwagen fahrenden Straßenbahnenwagen des Linie 15 derart zusammen, daß ein Teil des Vorderwagens beschädigt wurde. Glücklicherweise verletzt der Unfall ohne Personen schwere, obwohl der Wagenführer leicht in Mildeinschläge hätte gezogen werden können. — Am Donnerstag abend 9½ Uhr stürzte auf der Pfotenbauerstraße vor dem Grundstück Nr. 79 ein 30 Jahre alter Kaufmann während der Fahrt von einem Straßenbahnenwagen auf das Pfosten und wurde mit einer Kopfschwellung aufgegeben. Der in der Arnoldstraße wohnhafte Mann wurde nach dem Krankenhaus Johannstadt gebracht. — Am Donnerstag mittag stürzte an der Ecke der Polizei- und Königsbrücke Straße ein 28 Jahre alter, im Jägerpark wohnhafte Döbelner mit seinem Rad und zog sich eine geschlossene Stirnverletzung zu. Der schwer verletzte Mann wurde nach dem Krankenhaus Friedrichstadt aufgefordert.

Räuber gesucht. Vor etwa drei Wochen haben zwei junge Männer in der Rosenstraße 41 ein Herrenfahrrad zum Preise von 3000 M. geklaut. Die beiden Räuber werden umgehend nach der Kriminalpolizei gebeten. Das Rad ist gestohlen, der Kaufpreis wird zurückgestellt.

Welche Autobotschle oder Wieskratzwagen hat am 18. September zwei Herren nach der tschechischen oder polnischen Grenze gefahren? Mittwoch den 18. September, vermutlich in den Vormittagsstunden, haben zwei Herren ein solches Gefährt zu einer solchen Fahrt nach der tschechischen oder polnischen Grenze gebunden. Der Führer desselben wird erluchtlich sich umgehend bei der Kriminalpolizei einzustufen. Die beiden Fahrgäste werden wie folgt beschrieben: Der eine, der den Wagen gewiestet und die Fahrt bezahlt hat, war ein 19 Jahre alter, 170 Centimeter großer, schlanker, brauner Mann, ein hellen Anzug, hellgrauen modernen Paletot, weissen grünen Hut und schwarze Jacke; der andre etwa 32 bis 35 Jahre alt, etwas kleiner und untersetzt, hatte starke, schwarze, hochgedrehte Schuhe und trug dunklen Anzug und Paletot.

Frauenberufe. Der 4. Vortragsabend der Hauptstelle Dresden für Berufsberatung über Frauenberufe findet Dienstag den 10. September, abends 7½ Uhr, in der Aula des Büchsenmachers Gymnasium statt. Es wird gesprochen über Wohlfahrtspflege (im allgemeinen), Gesundheitsfürsorge, Jugendarbeitsförderung, wirtschaftliche und Berufsfürsorge.

Ehrenkurse. In der Woche vom 18. bis 22. September finden in folgenden Schulen Kurse für Ehrenkurse statt: Montag: 18. Volkschule, Markgrafenstraße 35; b. Märktenfortbildungsschule, Wurzenstraße 5; Dienstag: 34. Volkschule, Leipziger Straße 10; 35. Volkschule, Marienstraße 21; 36. Volkschule, Gottscheer Straße; Mittwoch: 26. Volkschule, Görlitzer Straße 13; 25. Volkschule, Voßstraße 42; 27. Volkschule, Gohlstraße; 28. Volkschule, Voßstraße, Freitagnachmittag; 29. Volkschule, Silbermannstraße; 30. Volkschule, Wallstraße. — Die Kurse beginnen abends 7 Uhr. Inserat beachten!

Freiwilligekurse. In der Woche vom 18. bis 22. September finden in folgenden Schulen Kurse für Freiwilligekurse statt: Montag: 18. Volkschule, Markgrafenstraße 35; b. Märktenfortbildungsschule, Wurzenstraße 5; Dienstag: 34. Volkschule, Leipziger Straße 10; 35. Volkschule, Marienstraße 21; 36. Volkschule, Görlitzer Straße 13; 25. Volkschule, Voßstraße 42; 27. Volkschule, Silbermannstraße; 28. Volkschule, Wallstraße. — Die Kurse beginnen abends 7 Uhr. Inserat beachten!

Freiwilligekurse der Neustadt. Sonntag den 17. September Treffen 9½ Uhr am Feuerwehrhaus.

Aus dem Parteileben

Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Verwaltungsbeamten. Montag den 18. September, 7½ Uhr, Versammlung im Regierungsgebäude, Oststr. Allee 19. I. Wegen der Wichtigkeit der Tagessordnung ist vollständiges Eröffnen erforderlich. In Frage kommen die Hochhörs und Dienststellen im Bereich des Gesamtministeriums des Innern, des Arbeitsministeriums, des Wirtschaftsministeriums und des Kultusministeriums.

4. Unterbezirk

Kinderschutzausschiff Neustadt. Montag den 18. September, abends 7 Uhr, findet im Jugendheim, Oppelstraße 12, eine wichtige Sitzung statt. — Die Mitglieder werden ersucht, für die erledigten Fälle die ausgestellten Fragebögen mitzubringen.

5. Unterbezirk

Gruppe 3. Die heutige Gruppenversammlung findet nicht wie im letzten zweitumlich angegeben, in Dohmen Restaurant, sondern bei 8. Dom, Saulaßstraße 16, statt.

Jungsozialisten Dresden - Altstadt

Sonntag den 17. September Treffen im Bellauer Wald. Abfahrt früh 6 Uhr Hauptbahnhof. Treppenfahrt dort 4½ Uhr Kuppelhalle. Abfahrt: Genossin Bendtschneider und Genosse Fritz Lehmann. Die Sonnabendveranstaltung fällt aus.

6. Unterbezirk

Jungsozialisten Löbtau, Rauhix, Gorbitz. Heute Freitag, abends 7 Uhr, im Café Niederrath, Kesselsdorfer Straße. Diskussionsabend. Räumlich erscheinen. Gäste willkommen.

Görlitz. Genossen und Genossinnen, die Sonntag den 17. September an der Eggersburg im Schwanenhaus teilnehmen, treffen sich pünktlich 7½ Uhr am Schwanenhaus, Oststr. Allee.

Bezirk Cotta. Am Dienstag den 12. September fand eine stark besuchte Mitgliederversammlung im Gutsdorf Cotta statt, wo der Genoss Max Schippel einen Vortrag über Salutschoten und Arbeiterschlaf hielt. Er entledigte sich dieser Aufgabe in tiefgründiger Weise und versuchte in längeren Aufführungen der Versammlung die Vorwürfe und die jeglichen Verdächtigungen auf dem Geld- und Wirtschaftsmarkt klarzumachen. Er kam dabei zu dem Schluß, daß ganz besonders an unreflexiv wirtschaftlichen Dingen die Produktionsverhältnisse einen großen Teil Schuld tragen, weil wir im Verhältnis zu 1918 noch lange nicht das produzieren, was unbedingt notwendig wäre, um wieder vorwärtszukommen. Dabei wollte er aber nicht die Schuld der Arbeiterschaft aufzuladen. An der Hand von statistischem Material wies er den Produktionsausfall Deutschlands gegenüber den Friedensjahren nach. — Die Debatte endete mit dem Reaktionen großenteils entgegen und wandte sich ganz besonders gegen bestimmt in der Presse verdeckte Anschauung wegen des Reichstagsabends. Genoss Schippel stellte im Schlusswort verschiedene nach seiner Aussicht richtig und brachte weitere Beweise, daß

Bodbeinigkeit der Dresdner Rechtsreaktionäre

Furcht vor getrennten Wahlurnen — Gemeindebezuschlag zur Wohnungsbauabgabe — Falle früheren Ladenschluss — Gerechtere Einhebung des Gas- und Strompreises — Erwerbslosensfürsorge — Freigabe der Schulturnhallen für Versammlungen — Erhöhung der Arbeiterlöhne

Vor einiger Zeit hatten die Stadtverordneten auf Antrag unserer Genossen den Stadtrat erucht, bei künftigen Stadtverordnetenwahlen Wahlurnen getrennt für Männer und Frauen aufzustellen. Der Stadtrat war diesem Antrag nicht beigetreten. Der gestrige Stadtverordnetenversammlung über lag ein Gutachten des Rechtsausschusses vor, das der Veranlassung vorstieß, auf der Fortsetzung nach getrennten Wahlurnen zu bestehen. Unerwarteterweise rief dieser Punkt der Tagesordnung eine lebhafte Debatte herbei. Der Stadtbund und die Dresdner Frauenvereinigung hatten sich in einer Eingabe gegen die getrennten Wahlurnen gewandt und die Damen und Herren von der Rechten jammerten lang und breit darüber, daß man durch die getrennte Aufstellung der Wahlurnen das Wahlgeheimnis und das Wahlrecht der Frauen, wirkt ja auch nur allzuviel.

Dennoch forderte das Verhalten der Rechten bei der Beratung der Ratsvorlage über den Zuschlag zur Wohnungsbauabgabe einen Widerspruch von links heraus. Die Stadt ist leider genötigt, Zuschläge zu der vom Reich vorgesehenen Wohnungsbauabgabe zu erheben. Ursprünglich sollten die Mittel, die dieser Zuschlag bringt, dazu verwendet werden, um mehr Häuser zu errichten, als mit den zunächst zur Verfügung stehenden Mitteln gebaut werden könnten. Inzwischen hat leider die starke Verleuerung der Baukosten dazu geführt, daß die vorhandenen Mittel nicht entfernt zur Herstellung der bereits im Bau befindlichen Wohnungen reichen, so daß die Gefahr besteht, daß die angefangenen Wohnungsbauten nicht durchgeführt werden können. Der Zuschlag zur Wohnungsbauabgabe ist gewiß eine neue empfindliche Belastung der Mieter. Aber es gibt für die Stadt keinen andern Weg, um die nötigen Mittel für die Fortführung der angefangenen Wohnungsbauten zu schaffen. Um wenigstens einigermaßen die weniger Bemittelten zu entlasten, ist der Zuschlag noch der Mietshöhe gestaffelt und wird bei einer Friedensmiete bis zu 200 M. überhaupt nicht erhoben. Die Herren Thiersfelder und Wittmaak wendeten sich gegen den Antrag mit dem Argument, daß auch mit Hilfe des Zuschlages nur sehr wenig gegen die Wohnungsnote getan werden könne. Also, weil man nicht viel tun kann, soll garnichts geschehen. Eine ganz eigenartige Logik! Der Widerstand der Herrschaften gegen den Zuschlag zur Wohnungsbauabgabe hängt natürlich damit zusammen, daß die Rechte eine vollkommen freigabe der Wohnungswirtschaft wünscht, wenn Herr Wittmaak das gestern auch bestreit.

Welch unsozialer Geist noch die Mehrheit des Dresdner Rates beherrscht, zeigte sich darin, daß er es erneut ablehnte, einem Gutachten der Stadtverordnetenversammlung beizutreten, durch das die Reichsregierung aufgefordert wurde, den Gemeinden das Recht zu verleihen, ortsstatutarisch einen früheren als den 7-Uhr-Ladenschluß zuordnen, und zur Begründung dieser Haltung führte der Stadtrat aus, daß auch weite Verbraucherkreise gegen den 6-Uhr-Ladenschluß seien. Berichterstatter über diesen Punkt der Tagesordnung war der deutschnationalen Handlungsgesellschaft Stier, der seinen Platz auf der Rechten des Hauses hat. Unter dem Beifall der Linken setzte er sich in treffender Weise mit den lächerlichen Ausreden auseinander, die gegen einen früheren Ladenschluß angeführt werden. Bei seinen Freunden von rechts gab es dabei recht verdiente Gesichter. Bei einem großen Teil der Rechten mithin aber die Ausführungen des Herrn Stier nichts, sie stimmten trotzdem gegen das Gutachten. Die Handlungsgesellschaften, die heute noch den Rechtsparteien nachlaufen, können daraus ersehen, wie schlecht dort ihre Interessen vertreten sind, wenn auch gelegentlich einmal ein deutschnationaler Handlungsgesell bei einer Wahl mit auf die Kandidatenliste genommen wird.

Ein Antrag des Stadtverordneten Giebler verlangte von dem Verwaltungsrat des Gas-, Elektricitäts- und Wasserwerkes die Beseitigung der großen Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß nach einer Gaspreiserhöhung die erhöhten Säge unter Umständen auch für eine längere Zeit vor Inkrafttreten der Gaspreiserhöhung bezahlt werden müssen. Stadtbaurat Wahl versuchte, unterstützt von Herrn Professor Thiersfelder, den Stadtverordneten einzureden, daß durch die herrschende Praxis die Gasabnehmer gar nicht geschädigt würden und daß eine Abrechnung auch gar nicht möglich sei. Die sehr merkwürdige Mathematik des Herrn Stadtbaurats fand bei dem Kollegium nur sehr wenig Verständnis. Es würde dem Herrn sehr gut tun, wenn er sich einmal in einer Rechenschaft über die Geheimnisse der Division belehren ließe, dann wird es ihm ein Reichtum sein, die berechtigten Wünsche der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung zu erfüllen.

Stadtverordnetenversammlung vom 14. September 1922

Den Vorsitz führte Bürgermeister Höst.

Auf der Tagesordnung stand zunächst der Ausschußbericht über den Antrag Tempel u. Gen. (Sog.) vom 20. März 1922, der den Rat erucht hatte, den aus der allgemeinen

Erwerbslosensfürsorge

ausgeschiedenen und von der städtischen Fürsorge übernommenen Vollverschuldigen Gewerbeleuten a) die Möglichkeit der Verhinderung gegen Krankheit zu geben, und b) ihnen die Unterstützung in der vollen Höhe der Erwerbslosenunterstützungsschäfte weiterzugeben.

Die Ausschüsse empfehlten folgendes Gutachten zur Annahme:

- den Rat zu eruchen, die Krankenfassungsbeiträge solcher langfristig Erwerbslosen, bei denen die freiwillige Fortsetzung der Krankenversicherung gelegentlich möglich ist (§ 818 der R. V. O. und 12d, Abs. 2 der R. V. über G. & B.) und die von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, über die Unterstützungsgröße hinaus den Beziehern zu erhalten,
- den zweiten Teil des Antrags durch die inzwischen erfolgte Erhöhung des Beitragszahrs des Fürsorgeamtes für erledigt zu erklären.

Das Ausschußgutachten wurde ohne Debatte angenommen.

Weitere Mittel für Wohnungsbauten

Es lag folgendes Ausschußgutachten vor:

Kollegium wolle beschließen, in Übereinstimmung mit der Ratsvorlage

- die Position 54 des Haushaltplanes 1922, Verfügungssumme für das Wohnungsbauamt zum Ein-, Um- und Ausbau von Wohnungen in bestehenden Gebäuden durch Einführung eines we-

1921 eingeführte Summe von 20 000 M. entsprechend der Gelbentwertung wesentlich erhöht wird und 2. eine sozialere Ausgestaltung der Wohnungsbauabgabe herbeigeführt wird durch Staffelung der Abgabe unter Berücksichtigung der Minderzahl des Einkommens und des Vermögens.

Der Deutschnationalen Wirtschaft sprach sich gegen die Vorlage aus, wegen ihres — unsagbaren Charakters. Der sozialen Belastung der Minderbemittelten stünde ein wesentlicher Nutzen nicht gegenüber, denn mit dieser Summe sei bei der großen Geldentwertung an eine nennenswerte Wohnungsbauabgabe nicht zu denken. Die rücksichtige Fürsorge für die Minderbemittelten, die so überausdrücklich der Spender der Rechten entdeckt, war natürlich nur ein Vorwand für die Ablehnung der Vorlage, in Wirklichkeit war der Grund ein tieferer: die Befürchtung weiterer Entzettelung der Haushälter und ein Vorwärtskommen in der Sozialisierungsbewegung.

Stadt. Verndt stellte den Zusatzantrag, darauf hinzuwirken, daß die Wohnungsbauabgabe durch Zuschläge zur Einwohnersteuer aufgedrückt werde.

Stadt. Thiersfelder (Dn. Vp.) trat für die Aufhebung der Zwangswirtschaft ein. Dann würde auch gebaut werden und die Wohnungsnote ein Ende nehmen.

Bürgermeister Genoss Ritschje: Eine Abgabe, die dazu dienen soll, daß Wohnungsbauabgabe wenigstens etwas zu mildern, kann doch nicht als unslogisch hingestellt werden. Sie ist auch nicht eine so erhebliche Belastung, wie es auf den ersten Augenblick erscheinen könnte. Bei einer Wohnung im Wert von 200 M. beträgt die Abgabe monatlich etwa 12 M., ein Betrag, für den man heute kaum noch eine Zigarette bekommt. Diejenigen, die heute in dem glücklichen Besitz einer Wohnung sind, sollten an das Ende der Wohnungslösung denken. Die Verminderung von Hätern sind besondere Bestimmungen vorgesehen. Auf absehbaren Standpunkt darf man sich nicht stellen, denn das heißt, die Wohnungsnote verschwindet. Da die Erbauung neuer Häuser ist heute bei der Geldentwertung nicht zu denken, die Mittel werden gebraucht, um die in Angriff genommenen Häuser fertig herzustellen. Die Rechte der Haushälter sind eingeschüchtert im Interesse der Mieter, denn bei einer freien Wohnungswirtschaft würden die Mieten nicht um 75% steigen, sondern um 30, 40% und noch mehr steigen. (Sehr richtig links.) Die Vorgänge im Ausland sprechen keineswegs dafür, daß bei einer Aufhebung der Zwangswirtschaft durch Voten die Wohnungsnote bestätigt werden würde.

Das Ausschußgutachten wurde gegen die Stimmen der äußersten Rechten, der Antrag Verndt einstimmig angenommen.

Für einen früheren Ladenschluß

Der Rat hat beschlossen, dem Ersuchen der Stadtverordneten, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß den Gemeinden das Recht verliehen wird, ortsstatutarisch einen früheren als den gegenwärtig reichsgerichtlich festgelegten Ladenschluß anzubringen, nicht stattzugeben.

Vom Ausschuß wurde vorgeschlagen,

- den Rat Schreiben des Rates Kenntnis zu nehmen,
- den Rat aber erneut zu eruchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß den Gemeinden das Recht verliehen werde, ortsstatutarisch einen früheren als den 7-Uhr-Ladenschluß anzubringen.

Was der Berichterstatter Stier (Dn. Vp.), der allerdings laufmännischer Angestellter ist, zur Begründung des Ausschußgutachtens vorbrachte, hätte auch von einem Vertreter der Linken nicht besser gesagt werden können. Er handelt deshalb auch bei unserm Genossen den stärksten Beifall, während sich die Rechten begierigstens in Schwüre hüllen. Von besonderem Interesse war noch die Feststellung des Berichterstatters, daß nirgends soviel wie 80 Minuten am Tag durchzogen werden als in den Ladengeschäften.

Das Gutachten unter a wurde einstimmig, unter b gegen eine beträchtliche Mehrheit angenommen.

Beschlossen wurde ferner eine

Erhöhung der Mindestlöhne um 50 Prozent

Erhöhung der Arbeiterlöhne.
Der Rat hat beschlossen, I. mit Wirkung vom 1. Juli 1922 die Bezüge der im Ruhestand befindlichen städtischen Arbeiter und der Witwen städtischer Arbeiter wie folgt zu erhöhen:

- für Ruhelohnmehrjünger mit über 20 Dienstjahren um 400 M.,
- für Ruhelohnmehrjünger bis 20 Dienstjahren um 300 M.,

sowie das Arbeitsamt zu ermächtigen, eine entsprechende Erhöhung der Bezüge der Empfänger laufender wiederaufzulöster Unterstellungen einzutragen; II. I. mit Wirkung vom 1. August 1922 an die Bezüge der im Ruhestand befindlichen städtischen Arbeiter und der Witwen und Witzen städtischer Arbeiter wie folgt zu erhöhen:

- für Ruhelohnmehrjünger mit über 20 Dienstjahren um jährlich 840 M.,
- für Ruhelohnmehrjünger mit weniger als 20 Dienstjahren um jährlich 630 M.,

für Witzen um jährlich 300 M.,

2. das Arbeitsamt zu ermächtigen, die Bezüge der Empfänger wiederaufzulöster Unterstellungen entsprechend zu erhöhen; 3. den im Ruhestand befindlichen Arbeitern die gleichen Mindestlöhne und nach den gleichen Grundsätzen zu gewähren, die für die ins Dienst befindlichen städtischen Arbeiter in Frage kommen.

Das Kollegium nahm davon zuerst zustimmend Kenntnis.

Das im Haushaltplanentwurf zur Durchführung der Zivil-

einvoierung vorgenommene Berechnungsgeld von 50 000 M. wurde auf 550 000 M. erhöht.

Endlich kamen noch mehrere Anträge zur Beratung. — Ein Antrag Giebler (Dem.) ging dahin, den Verwaltungsrat der Gas-, Elektricitäts- und Wasserwerke zu eruchen, die einzelnen Erhöhungen der Gas- und Strompreise erst von den noch den jeweiligen Bekanntmachungen beginnenden Einheitsperiode an zu berechnen.

Der Antrag führte zu einer langen Debatte, in der fast alle Städte zum Ausdruck brachten, daß das jetzige System der Einhebung eine Ungerechtigkeit darstellt. Stadtbaurat Wahl blieb trotz verschiedener Vorbrüche dabei, daß sich die Sache nicht anders machen lasse. Schließlich wurde der Antrag Giebler gegen acht Stimmen angenommen.

Freigabe der Schulturnhallen für Versammlungen usw.

Ein Antrag Marx (Sog.) und Genossen hatte folgenden Wortlaut: Kollegium wolle beschließen, den Rat zu eruchen,

- die Schulturnhallen bzw. entsprechende Räume in städtischen Gebäuden zu Verammlungen, Vorlesungen, Aufführungen und vergleichbarem gegen eine entsprechende Gebühr zur Verfügung zu stellen;
- die Veranstaltungen der Elternräte von der Genehmigungspflicht sowie von der Zahlung der Gebühr bei Benutzung städtischer Sozialitäten freizulassen.

Der Antrag soll in Ausschußberatung genommen werden.

Wettervorhersage für den 16. September

Mitgeteilt von der Sachsischen Landeswetterwarte
Sonneberg noch unbeständig und vereinzelt Regenschauer, später allmählich Besserung.

Wetterlage: Die gestern über dem Nordsee ziemlich lagernde Depression ist nordostwärts weitergezogen und liegt heute morgen mit ihrem Zentrum über Südschweden. Sie hat und noch geringe Regenfälle gebracht, da sie auf ihren Rücken noch fast ausgebildete Kümwelle nachzieht. So ist auch noch für morgen mit unbeständiger Witterung und vereinzelter Regenschauer zu rechnen. Da hoher Druck von Westen her kräftig gegen das Gebiet hinkommt, so steht, wie wir schon gestern annehmen, von Sonntag an Besserung des Wetters in Aussicht.

Ratliches Maßnahmen für die Obersteu. Reg. der heutigen Nummer ein.
Beschluß der Städte u. L. Leichtsinn, Giebel, Elster, Sachsen, Thüringen.

